Dienstag, 20. September 1932
Nr. 213. Jahrg. 1932
Breslau

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Schlesische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Wahltermin 6. November

„falls Ruhe und Ordnung gewahrt bleiben"

WTB. Berlin, 17. September

Das Reichskabinett beschloß in seiner heutigen Sitzung, dem Herrn Reichspräsidenten den 6. November 1932 als Termin der Neuwahlen zum Deutschen Reichstag vorzuschlagen.

Das Kabinett setzte die Beratungen über die Wirtschaftsfragen fort und wird sie in einer Sitzung am Montag weiter führen.

Ein offiziöser Kommentar

Das Conti-Büro vertreibt folgenden, offensichtlich aus Regierungskreisen stammenden Kommentar zur Festsetzung des Wahltermins:

„Die politische Bedeutung des Kabinettsbeschlusses ist darin zu sehen, daß er zweifellos zur allgemeinen politischen Beruhigung beitragen wird. Die Gerüchte über eine Aussetzung der Reichstagswahlen sind damit endgültig gegenstandslos geworden. Die Reichsregierung hat mit ihrem Beschluß gezeigt, daß sie nicht an irgendwelche Experimente denkt, die mit der Verfassung nicht im Einklang stehen.

Allerdings bleibt es eine Selbstverständlichkeit, daß die Wahlen nur dann stattfinden können, wenn die Voraussetzung erfüllt ist, von der der Reichsinnenminister kürzlich vor der Presse gesprochen hat, daß nämlich die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird.

Nachdem der Wahltermin nunmehr feststeht, werden die Parteien wohl schon bald lebhafter mit dem Wahlkampf einsetzen. Ob er in der Ausdehnung der Propaganda die Heftigkeit der letzten Wahlkämpfe erreicht, ist kaum anzunehmen; man hegt in politischen Kreisen vielmehr allgemein die Auffassung, daß die Parteikassen nach den Anspannungen dieses Jahres keineswegs mehr so leistungsfähig sind wie früher.

Das interessanteste Problem dieses Wahlkampfes ist nach Auffassung politischer Kreise die Frage,

ob es den Nationalsozialisten und dem Zentrum gelingt, ihre Mehrheit aufrechtzuerhalten;

im aufgelösten Reichstag belief sie sich auf etwas mehr als zwanzig Mandate. Für den Ausgang der Wahl gerade nach dieser Richtung dürfte manches von dem Erfolg der Bestrebungen abhängen, in dem Raum, der früher von den Parteien der rechten Mitte ausgefüllt wurde, eine neue Organisation zu schaffen, die geeignet ist, die „politisch Heimatlosen" aufzufangen. Ein Teil dieser Bemühungen soll ja gerade in den nächsten Tagen konkretere Formen gewinnen."

Vor der Landtags-Sitzung

Eine umfangreiche Tagesordnung

Berlin, 19. September.

Der Preußische Landtag ist nunmehr endgültig für Mittwoch, den 21. September, 1 Uhr nachmittags einberufen worden. Unmittelbar vorher um 12 Uhr tritt der Aeltestenrat noch einmal zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Landtagssitzung stehen die zweite und dritte Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Vorverlegung der preußischen Gemeindewahlen. Ferner will der Landtag die vor Monaten unterbrochene gemeinsame Beratung über zahlreiche Anträge zu Bergwerksfragen fortsetzen.

Auch stehen eine Anzahl von Anträgen auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten auf der Tagesordnung. In den meisten Fällen empfiehlt der Geschäftsordnungsausschuß, diese Genehmigung zu versagen, in einem Fall beantragt er jedoch die Aufhebung der Immunität, und zwar für den sozialdemokratischen Abgeordneten und ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Braun. Der Antrag geht aus von dem bekannten nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Frank II-München, der um die Genehmigung zur Durchführung einer Privatklage und zur Strafverfolgung des Abg. Dr. h. c. Braun wegen übler Nachrede und Beleidigung des Regierungsrats Adolf Hitler nachsucht.

Außerdem ist jetzt noch die Notverordnung über die Feststellung des preußischen Haushaltsplans für 1932 auf die Tagesordnung gesetzt worden. Gleichzeitig mit dieser Verordnung sollen die gleichfalls noch von der Regierung Braun erlassenen Notverordnungen vom 8. Juni zur Sicherung des Haushalts, vom 21. Juni zur Aenderung der Schlachtsteuer und die Badepolizeiverordnung Dr. Brachts vom 18. August beraten werden. Bei dieser Beratung dürfte es zu einer allgemeinen politischen Aussprache kommen. Schließlich wird sich der Landtag auch mit einem kommunistischen Antrag zu beschäftigen haben, der die Durchführung der vom Landtag seinerzeit beschlossenen Strafunterbrechung bei politischen Gefangenen fordert.

Donnerstag Überwachungsausschuß

VDZ. Berlin, 19. September.

Der Ausschuß für Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist jetzt für Donnerstag, den 22. September, vormittags 11 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Untersuchung der Vorgänge in der zweiten Sitzung des Reichstags am Montag, den 12. September.

Arbeitsminister bei den Christl. Gewerkschaften

Salbungsvolle Rede – aber es bleibt beim Lohnraub

Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, dessen Mitgliederzahl einschließlich Beamte und Angestellte im letzten Jahr von 778 863 auf 698 472, d. h. um 10,3 Prozent zurückging, hält zur Zeit in Düsseldorf seinen 13. Kongreß ab. Zur Eröffnungsfeier am Sonntag, den 18. September, hielt der Arbeitsminister des Papenkabinetts Dr. Schäffer eine große Rede. Sie hatte den ausschließlichen Zweck, die Gewerkschaften und die christlichen Arbeiter im besonderen zu beruhigen, ihnen mit salbungsvollen Worten das große Lohnraubprogramm, genannt „Verordnung zur Belebung der Wirtschaft" schmackhaft zu machen.

Herr Schäffer überschlug sich geradezu im ersten Teil seiner Rede in Lobeshymnen auf die Gewerkschaften, sie wären ein „unentbehrlicher Bestandteil der Wirtschaft". Er sprach von der „Würde der arbeitenden Menschen", von dem „Kampf der Gewerkschaften um die Befreiung der Arbeiter nach ewigen christlichen Gesetzen" usw. in „wunderschönen" Redewendungen.

Und dann — begründete er den „sozialen" Charakter der Papenverordnung, wobei er all die „Wohltaten" der Verordnung aufzählte „1½ Millionen Neueinstellungen", Lohnabbau „nur" bei Ueberschreitung eines Mindestmaßes von Neueinstellungen usw.

Doch nichts, aber auch gar nichts von einer positiven Ankündigung über eine wirkliche Verbesserung für die Arbeiter bezw. Abschwächung des arbeiterfeindlichen Papenprogramms. Ausdrücklich verteidigte Schäffer auch die notwendige Reform", und „Verbilligung" der ganzen Sozialversicherung. (Der Arbeiter weiß, was das bedeutet.) Doch — so sagt Schäffer — „Die Verordnung denkt nicht an die Aufhebung des Versicherungsgutes und des Arbeitsschutzes, sie denkt nicht an die Zersetzung der begrifflichen Merkmale des Tarifvertrages. Allein die Erhaltung und Pflege der sozialen Errungenschaften und Einrichtungen bildet das Leitmotiv für die so stark kritisierte Verordnung". (!!) Von dieser Schönfärberei kann selbst der Oberdemagoge Hitler noch allerlei lernen. Und der Hauptzweck der Uebung. Hören wir Herrn Schäffer selbst:

„Darum: Abbau des Mißtrauens und Rückkehr des Vertrauens! Die Reichsregierung glaubt, zur Einleitung einer Besserung der Verhältnisse das ihrige getan zu haben. Entscheidend ist jetzt die Geisteshaltung der Unternehmer und Arbeiter, der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften. Ich möchte Sie alle zur tatkräftigen Mitarbeit (!!) an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft aufrufen. Möge in diesem Sinne gerade auch Ihre Düsseldorfer Tagung wirken. Es ist dies der aufrichtige Wunsch der Reichsregierung, der die Pflege und Förderung des sozialen Gedankens ganz besonders am Herzen liegt."

Wehe, wenn die Arbeiter und Gewerkschaften darauf hereinfallen! Je mehr die Herren Minister reden, desto mißtrauischer müssen die Arbeiter werden, desto schroffer und unerbittlicher muß ihr Wille sein:

Ablehnung jeglicher Täuschungsmanöver, rücksichtsloser Kampf der Papenverordnung, Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

Reichstagswahlen in Schweden

Stockholm, 19. September.

Das vorläufige Endergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer ergab für die Konservativen 563 742 Stimmen, gegen 692 434 im Jahre 1928, Bauernbund 351 055 (263 501), Liberale 40 859 (70 820), Freisinnige Volkspartei 247 092 (303 995), Sozialdemokratie 1 013 170 (873 931), Schwedische Kommunisten 130 882 (151 567), Internationale Kommunisten 73 508, Nationalsozialisten 14 845. Es sind somit gewählt 58 Konservative, 15 Sitze verloren, 36 Bauernbund, 9 gewonnen, 4 Liberale, unverändert, 20 Freisinnige Volkspartei, 8 verloren, 104 Sozialdemokraten, 14 gewonnen, 6 schwedische Kommunisten, 2 verloren, 2 Internationale Kommunisten, 2 gewonnen.

„Konjunktur-Ankurbelung"

mit – neuen Milliarden des Reichs an das Bankkapital

Die mit großem Trara angekündigte neue Konjunktur, mit der vor allem die Papenregierung ihre notverordnete Wirtschaftsdiktatur gegen die Arbeiterklasse begründete, will trotz allem „Optimismus" keine reale Gestalt annehmen. Man kann zwar mit allerlei Reklametriks und künstlichen Börsenmanövern soviel Hoffnungen auf einen „Wirtschaftsumschwung" erzeugen, daß es ausreicht, einigen tausend Dummen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Aber das Kapital, der berechnende Industrielle und Geldmann gibt für „Hoffnungen" und „Optimismus" keinen Deut, er will eine reale Basis, Bargeld bzw. sicheren, realen Profit.

Dafür fehlen aber alle Voraussetzungen. Die Betriebe leiden weiter unter Auftragsmangel und ausreichender Beschäftigung. Die Reichsbahn, der Bergbau und viele andere Industriezweige führen immer weiter Massenentlassungen durch, die Arbeitslosenziffer fällt nicht, sie klettert immer höher und die Massenkaufkraft sinkt durch Lohn- und Unterstützungsraub immer weiter. Die normalen Fundamente einer Wirtschaftsbelebung, und für den Kapitalisten ist Wirtschaftsbelebung immer nur neue Profitmöglichkeit, fehlen also vollkommen. Die Regierung und das hinter ihr stehende Großkapital wollen aber mit aller Gewalt, aus politischen Gründen gerade jetzt eine „Konjunktur", wenn es auch nur ein kurzfristiges Strohfeuer ist, dem eine noch größere Pleite folgt.

In diesem Bestreben wird wieder einmal zu dem künstlichen Mittel einer groß angelegten neuen Milliarden-Subvention an das Kapital diesmal an das Bankkapital, gegriffen. Das Reich, das heißt die Masse der steuerzahlenden arbeitenden Bevölkerung soll, wie immer, allein die Kosten bezahlen. Wie das neue Manöver vor sich gehen soll, darüber unterrichtet uns ein in der Kapitalspresse verbreiteter Plan, der durch das CNB konzentriert in folgendem wiedergegeben wird:

„Angesichts der erhöhten Kreditanforderungen, die das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung bei der zu erwartenden Belebung der Produktion an die Banken stellen wird, ist, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, beabsichtigt, eine „Verordnung zur Förderung des gewerblichen Kredites" zu erlassen, die in kurzer Zeit veröffentlicht und unmittelbar darauf in Kraft gesetzt werden soll. Ihr wesentlichstes Ziel soll dahin gehen, die Bewegungsfreiheit der Banken zu verstärken, damit sie sich ohne übertriebene Hemmungen in den Dienst der Ankurbelung stellen können.

Man hält es, so schreibt das Blatt, für notwendig, den Banken eine Liquiditätshilfe zu gewähren, damit sie sich den möglicherweise an sie herantretenden, wirtschaftlich durchaus gesunden Kreditgesuchen gegenüber nicht aus Kassensorgen zu verschließen brauchen. Es wird ihnen die Möglichkeit gegeben, festgefrorene, aber in ihrer Sicherheit einwandfreie Debitoren, die ihre Bankschuld lediglich infolge der Zerrüttung des Kapitalmarktes nicht durch die Emission von Aktien oder Schuldverschreibungen haben ablösen können, in eine neu zu gründende Gesellschaft, das „Industrie-Finanzierungs-Institut" einzubringen. Dieses Institut wird voraussichtlich ein Aktienkapital von 30 Millionen RM haben, an dessen Zeichnung sich die Banken beteiligen, die von der Einrichtung überhaupt Gebrauch zu machen wünschen.

Unabhängig von der Gründung des Industrie-Finanzierungs-Instituts sieht die Ver-

ordnung zur Förderung des gewerblichen Kredites noch die Errichtung einer Amortisationskasse vor, deren Bildung bereits in einer Frankfurter Meldung angekündigt worden ist. Diese Amortisationskasse soll als Auffangorganisation für sanierungsreife Debitoren und abschreibungsbedürftige Effektenbestände der Banken fungieren."

Zu dieser Meldung ist noch ergänzend hinzuzufügen, daß die beiden neuen Institute (Amortisationskasse und Industrie-Finanzierungs-Institut) auf die ihnen übergebenen Papiere über „eingefrorene Kredite" und auch unverkäufliche, aber mit 100 Prozent berechnete Aktien, Wechsel ausstellen, die von der unter Kontrolle des Reichs stehenden Akzeptbank mit unterschrieben und von der Reichsbank diskontiert bezw. beliehen werden sollen.

Das ganze Manöver bedeutet also nichts anderes, als daß das Reich den Banken ihre faulen, faktisch wertlosen Guthaben bei bankrotten Privatunternehmen und die wertlosen Aktienpakete für bares Geld abnimmt. So sollen die „Banken wieder flott" gemacht und ihnen die Möglichkeit zu neuen „hemmungslosen" Schwindelkrediten gegeben werden. Es ist eine zweite, noch größere Bankensanierung, die das deutsche Volk mehrere Milliarden Mark kosten wird. Es könnte sein, daß dadurch eine kurze, künstliche Belebung der Wirtschaft eintreten würde. Aber sicher ist, daß das Manöver mit einer noch fürchterlicheren Pleite als bisher enden wird. Es ist Abenteurer- und Betrugspolitik schlimmsten Grades, was hier von den Großbanken eingefädelt wird und nachher von der arbeitenden Bevölkerung ausgebadet werden soll.

Wir brauchen nach dem Dargelegten nicht betonen, daß sich die Arbeiterklasse und alle ihre Organisationen mit aller Kraft gegen dieses Schwindelmanöver wenden müssen. Es zeigt, daß nicht nur die ganze „neue Konjunktur" Schwindel ist, sondern daß der Kapitalismus, die kapitalistische Wirtschaft überhaupt nur noch mit Betrugsmanövern aufrecht erhalten werden kann. Eine erneute Mahnung für die Arbeiterklasse, für die ganze schaffende Bevölkerung, daß heute alle Vorsicht zur Stützung und zum „Umbau der Wirtschaft" verfehlt sind, daß sich das arbeitende Volk in Stadt und Land zusammenschließen muß für den Kampf zum Sturz des ganzen kapitalistischen Systems.

Otto Wels „enthüllt"

Die „Welt am Montag", die seit einiger Zeit ein getreues SPD-Blatt geworden ist, bringt in Riesenaufmachung „hochpolitische Enthüllungen", die der Vorsitzende der SPD, Otto Wels, in einer Rede in Leipzig gemacht habe. Diese „Enthüllungen" ließen, so behauptet die „Welt am Montag", die bisher bekannten Tatsachen über die Vorgeschichte der Reichstagsauflösung „in einem ganz neuen Lichte erscheinen". Wels sagte nach dem wörtlichen Bericht des genannten Blattes folgendes:

„Die Nationalsozialisten hätten die Absicht gehabt, mit Hilfe des Artikels 43 der Reichsverfassung einen Streich gegen Papen zu führen. In diesem Artikel der Reichsverfassung sei bestimmt, daß der Reichspräsident auf Antrag des Reichstages durch Volksabstimmung abgesetzt werden kann. Dieser Beschluß des Reichstages erfordere eine Zweidrittel-Majorität und durch ihn würde dem Reichspräsidenten die fernere Ausübung seines Amtes untersagt werden. Hitler rechnete darauf, mit Hilfe des Zentrums, der KPD und unter Umständen sogar mit Hilfe der Sozialdemokratie eine solche Mehrheit zu finden.

Die Folge wäre gewesen, daß durch ein Reichsgesetz auf Grund des Artikels 51 der Reichsverfassung mit einfacher Mehrheit ein Nachfolger hätte bestimmt werden können. Hitler hatte dabei die Hoffnung, mit Hilfe dieser einfachen Majorität das Ziel zu erreichen, das ihm im Präsidentenwahlkampf nicht beschieden war. Weil Herr v. Papen in dem Wettlauf zwischen ihm und Hitler Sieger geblieben sei, sei der Plan Hitlers von vornherein gescheitert."

Wir wissen nicht, woher Otto Wels diese Informationen bezogen hat; uns erscheinen sie als reichlich unwahrscheinlich. Auf jeden Fall wäre es aber für den Vorsitzenden der SPD viel wichtiger, statt sensationelle „Enthüllungen" zu machen, lieber klare Auskunft zu geben, was seine Partei gegen die drohenden Gefahren in der deutschen Innen- und Außenpolitik zu tun gedenke. Darüber hat Wels genau so wie alle anderen sozialdemokratischen Führer geschwiegen — ein Schweigen, das für den Bankrott der sozialdemokratischen Politik, für die völlige Ratlosigkeit der SPD-Führung kennzeichnend ist.

Volkspartei für nationalen Wahlblock

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dingeldey, sprach in einer Vertrauensmänner-Versammlung seiner Berliner Parteiorganisation. Er erklärte, die Volkspartei unterstütze einmütig den Gedanken einer überparteilichen Regierung, die auf das Vertrauen des Reichspräsidenten gegründet ist. Deshalb fordere sie für die nächsten Wahlen die Unterstützung dieser Politik und den gemeinsamen Aufmarsch aller Parteien, die sich hinter das Präsidialprogramm gestellt haben. Der Parteivorstand der Volkspartei habe sich einstimmig für die Bildung eines solchen nationalen Wahlblocks ausgesprochen.

Auch Englands Regierung gegen Deutschlands Aufrüstung

Eine Enttäuschung für die deutschen Nationalisten

Berlin, 18. September.

WTB. Die amtliche Uebersetzung eines heute durch den britischen Botschafter der Reichsregierung überreichten Schreibens über die Frage der deutschen Gleichberechtigung lautet:

1. Der Notenwechsel über die Frage der „Gleichberechtigung" auf dem Gebiete der Abrüstung, der kürzlich zwischen der deutschen und der französischen Regierung stattgefunden hat, und die Ankündigung des deutschen Delegierten in Genf, daß seine Regierung eine Behandlung dieser Frage für notwendig halte, wenn sie an der Arbeit der Abrüstungskonferenz weiterhin teilnehmen solle, wirft

Fragen von größter Bedeutung für das weitere Fortschreiten der Konferenz, ja sogar für die Zukunft der Abrüstung selbst

auf. Es liegt der Regierung Seiner Majestät und dem ganzen britischen Volke außerordentlich am Herzen, den Erfolg der Konferenz zu fördern, und sie sind der Ansicht, daß ein internationales Abkommen zur Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen (an dem Deutschland natürlich beteiligt sein müßte) nicht nur die Welt von einer Ausgabenlast befreien würde, die den wirtschaftlichen Wiederaufstieg hemmt, sondern, daß ein solches Abkommen auch ein sich sogleich auswirkender, gewichtiger Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens und zur Förderung einer freundschaftlichen Gesinnung zwischen benachbarten Staaten sein würde.

2. Die Regierung seiner Majestät sieht sich genötigt, zunächst ihr Bedauern darüber zu äußern, daß eine politische Streitfrage von solchem Ausmaß in diesem Augenblick auftaucht, wo es doch so nötig wäre, die Aufmerksamkeit und Tatkraft nicht von den gegenwärtigen, so dringend erforderlichen Bemühungen um den Wiederaufbau der Produktion und des Handels der Welt abzulenken. Deutschland hat an einer allgemeinen Wirtschaftsdepression und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit gelitten und leidet noch daran; andere Signatarmächte des Vertrags von Versailles haben dies anerkannt; sie haben sich infolgedessen bereit gezeigt, ihre finanziellen Forderungen an Deutschland herabzusetzen und wirklich grundlegend zu revidieren. In diesem Augenblick eine scharfe Kontroverse auf politischem Gebiet zu beginnen,

muß angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands als unklug und im Hinblick auf die Deutschland von seinen Gläubigern erst kürzlich gemachten Zugeständnisse als besonders unzeitgemäß erscheinen.

3. Da aber Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung nachdrücklich angemeldet worden ist und dem glatten, harmonischen Arbeiten der Konferenz ein Hindernis in den Weg zu legen droht, hält die Regierung Seiner Majestät es für angezeigt, sich zu der Frage zu äußern und einige Anregungen dafür zu geben, wie die Forderung behandelt werden könnte. Zunächst muß Klarheit darüber herrschen, um was es bei dieser Forderung geht und wie die gegenwärtige Vertragslage ist.

Seiner Majestät Regierung kann nicht einer Mißachtung vertraglicher Verpflichtungen Unterstützung gewähren oder moralischen Beistand leisten.

Obgleich die Regierung Seiner Majestät die deutsche Denkschrift nicht dahin versteht, als sei darin die entgegengesetzte Ansicht ausgesprochen, so möchte sie sich doch der Auffassung anschließen, daß die These, Deutschland könne aus irgendeinem künftigen Abrüstungsabkommen oder der Tatsache, daß überhaupt kein Abkommen zustande kommt, einen Rechtsanspruch auf Abschaffung des Teils 5 des Vertrages von Versailles ableiten, sich nicht als rechtlich zulässige Auslegung des Versailler Vertrages und des damit verbundenen Schriftwechsels vertreten läßt.

4. Die Regierung Seiner Majestät ist aber nicht der Auffassung, daß die von Deutschland aufgestellte These eine spitzfindige juristische Deduktion aus dem Wortlaut des Versailler Vertrages ist. Es ist wohl eher das Verlangen, einen Ausgleich herbeizuführen, das sich auf die Tatsache stützt, daß die im Vertrage enthaltene Beschränkung der deutschen Rüstungen als Vorläufer einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung der anderen gedacht war und als solcher verkündet wurde. Seiner Majestät Regierung leugnet diese Tatsachen nicht und sucht das Gewicht dieser Behauptung nicht abzuschwächen. Was die Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich betrifft, so sind seit der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles sehr weitgehende Herabsetzungen auf allen Gebieten des Rüstungswesens vorgenommen worden. Nichtsdestoweniger arbeitet die Regierung des Vereinigten Königreichs in Genf aufrichtig daran mit, weitere Abrüstungsmaßnahmen, sowohl qualitativer wie quantitativer Art, die gänzlich in der Richtung eines weitgehenden Ausgleichs liegen würden, so sehr zu fördern, wie es nur irgend in ihren Kräften steht.

5. Die Regierung des Vereinigten Königreichs hegt die Hoffnung, daß in Genf trotz der aufgetretenen Schwierigkeiten, eine weltumfassende Vereinbarung zustandezubringen,

doch eine Abrüstung in wirklich bedeutsamem Ausmaße erreicht werden möge

wobei jede Nation sich zu einer genau innezuhaltenden Einschränkung ihrer Kriegswaffen sowohl der Art wie der Menge nach verpflichten würde. Es wäre wirklich ein tragischer Widersinn, wenn das Ergebnis der ersten Abrüstungskonferenz bei irgendeinem Staat

eine Vermehrung der Rüstungen und eine tatsächliche Wiederaufrüstung

wäre. Die Regierung des Vereinigten Königreichs sieht deshalb den Zweck der Konferenz darin, ein Abrüstungsabkommen auszuarbeiten, das auf dem Grundsatz beruht, daß jeder Staat im Einvernehmen mit den anderen eine Beschränkung auf sich nimmt, die er sich selbst auferlegt und als einen Teil der gegenseitigen Verpflichtungen der Signatarstaaten freiwillig übernimmt. Die Folge des Abkommens wird mithin sein, daß keinerlei Unterschied der Rechtslage mehr besteht: Die Rüstungen eines jeden Staates werden durch den gleichen Prozeß kontrolliert und die durch bestehende Verträge — wie die verschiedenen Friedensverträge oder die Flottenverträge von Washington und London — bereits vorgeschriebenen Beschränkungen werden, soweit sie nicht im gegenseitigen Einvernehmen abgeändert sind, in den freiwilligen, umfassenden Pakt, der in Genf ausgehandelt werden soll, wieder in Erscheinung treten. Diese letztgenannte Urkunde wird dann die für alle bindende, wirksame Verpflichtung darstellen. In dieser Auffassung von der Arbeit und dem Zweck der Abrüstungskonferenz sieht die Regierung des Vereinigten Königreichs die Antwort auf die Gleichberechtigungsfrage, die in der Mitteilung der deutschen Regierung vom 29. August aufgeworfen worden ist.

6. Die Frage der Gleichberechtigung, die mit der Frage der Ziffern nicht zu verwechseln ist, birgt in sich Erwägungen des Nationalstolzes und der nationalen Würde, die tief ans Herz eines Volkes greifen und einem Groll Nahrung geben, der sonst verschwinden und freundlicheren Gefühlen Platz machen würde. Im Interesse der allgemeinen Befriedigung ist deshalb sehr zu wünschen, daß alle solchen Fragen durch freundschaftliche Verhandlungen und vereinbarte Ausgleichsmaßnahmen (agreed adjustment) erledigt werden, ohne daß dabei vertragliche Verpflichtungen mißachtet oder die Gesamtziffer der bewaffneten Macht erhöht würde. Aber dieses wünschenswerte Ziel

läßt sich nicht durch eine befristete Herausforderung und auch nicht dadurch erreichen, daß man sich von Beratungen zurückzieht,

die gerade wieder aufgenommen werden sollen. Es läßt sich nur erreichen durch geduldige Erörterungen im Wege einer Konferenz zwischen den beteiligten Staaten.

Ganz Frankreich gegen deutsche Aufrüstung

Scharfe Erklärungen Herriots

WTB. Paris, 17. September.

Ueber die Erklärungen, die Minister-Präsident Herriot heute nachmittag vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten abgegeben hat, berichtet die Agentur Havas: Herriot habe betont, daß sich Frankreich im besten Einvernehmen mit der Washingtoner Regierung befinde. Was die Frage der Rüstungsgleichberechtigung und den hierauf bezüglichen deutschen Schritt anlange, so habe Herriot an seine feste Haltung erinnert, die sich in die Worte zusammenfassen ließe: „Nein, niemals! Nicht! Unmöglich!" Er sei der Mann des Völkerbundspaktes und des Versailler Vertrages geblieben und würde sich niemals auf Verhandlungen einlassen, die über diesen Rahmen hinausgingen. Er werde auch nicht zulassen, daß einige Mächte sich als Mandatare der kleinen Nationen ansehen könnten. Sobald man in Genf Fragen, die die kleinen Mächte angingen, behandele, müßten diese kleinen Mächte selbstverständlich zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Der Ausschuß habe die Erklärungen des Ministerpräsidenten vollauf gebilligt. Auf eine Frage des Ausschußmitgliedes Soulier erklärte Herriot, er werde sich der gesamten, vom Quai d'Orsay gesammelten Aktenstücke über die Aufrüstung Deutschlands bedienen, wenn er den Augenblick für gekommen erachte, beispielsweise, wenn die Debatten über die Gleichberechtigungsfrage vor dem Völkerbund aufgerollt werden sollten.

Nach Auskünften aus Kreisen der Ausschußmitglieder scheint Herriot geneigt zu sein, hierzu eine Art Enquete zu beantragen. Der Ausschuß habe sich zu dieser Anregung sehr befriedigt erklärt, wie auch von den anderen vom Ministerpräsidenten abgegebenen Erklärungen.

Panzerkreuzer C

Berlin, 19. September.

Am 1. Oktober erfolgt auf der Marinewerft in Wilhelmshaven die Kiellegung des Panzerschiffes C, Ersatz Braunschweig.

Die ausländische Presse nimmt einmütig dagegen Stellung, daß Deutschland in seiner katastrophalen wirtschaftlichen Situation neue gewaltige Millionenbeträge für Rüstungen verausgabt.

Der Mandschurei-Konflikt

China gegen Anerkennung des Mandschustaates

Nanking, 15. September.

WTB. Unmittelbar nach der amtlichen Bekanntmachung der Anerkennung des Mandschustaates durch Japan richtete die chinesische Regierung Protestnoten nach London, Paris, Washington, Rom und Genf, die Japan beschuldigen, die Gebiets- und Verwaltungssouveränität Chinas verletzt zu haben, und ein sofortiges internationales Vorgehen verlangen.

Japan pfeift auf den Völkerbund

Tokio, 17. September.

In einer Pressebesprechung erklärte der japanische Vizeminister Arita, daß der Versuch der chinesischen Regierung, die japanische Anerkennung des mandschurischen Staates auf die Tagesordnung der Völkerbundssitzung setzen zu lassen, die Lage im Fernen Osten weiter zuspitze. Die japanische Regierung werde jede Aussprache über die Anerkennung des mandschurischen Staates ablehnen und keinerlei Erklärung dazu abgeben. Die Beweggründe Japans für die Anerkennung seien in einer Erklärung dargelegt worden, die bei der Unterzeichnung des japanisch-mandschurischen Protokolls in Tschangtschun veröffentlicht worden sei.

Manila, 18. September.

WTB (Reuter). In einer veranstalteten großen Versammlung von Chinesen, unter denen sich zahlreiche führende Kaufleute befanden, wurde beschlossen, alle japanischen Waren auf den Philippinen zu boykottieren.

Kommunistischer „Hochverrat"

WTB. Leipzig, 17. September.

Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Betriebsleiter Karl Müller aus Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis, während der mitangeklagte Buchdrucker Hermann Staedtler trotz schweren Verdachtes mangels ausreichenden Beweises freigesprochen wurde.

Beide Angeklagte waren im Betrieb des Buchdruckereibesitzers Nowakowitz in Neukölln tätig, der wegen Herstellung hochverräterischer kommunistischer Kampfschriften bereits vor acht Tagen vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts zu 2½ Jahren Festung verurteilt wurde. Nach der Verhaftung des Nowakowitz war der Druck des bekannten kommunistischen Aufstandslehrbuches „Oktober" in dem unter Leitung des Müller stehenden Betriebe fortgesetzt worden.

•

Magdeburg, 17. September.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die „Tribüne", Kommunistische Tageszeitung für den Bezirk Magdeburg-Anhalt, auf die Dauer von sieben Tagen verboten. Anlaß zu diesem Verbot gaben zwei Artikel „Antifaschistische Aktion organisiert den Kampf" und „Polizei im Reichstagsbüro der KPD", in denen eine böswillige Beschimpfung und Verächtlichmachung der Regierung erblickt wird. Der Polizei wurde von dem Blatt Verfassungsbruch vorgeworfen.

Das Rentenkonvertierungsgesetz angenommen

WTB. Paris, 17. September.

Kurz vor 5 Uhr hat die Kammer mit 540 gegen 48 Stimmen die Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung mit einigen unwesentlichen Abänderungen mehr formaler Natur verabschiedet und sich darauf auf heute 18 Uhr vertagt. Der Senat beginnt die Beratung der Vorlage heute um 15 Uhr.

Durch das Gesetz werden, ähnlich wie vor kurzem in England, die Zinssätze für Kriegsanleihen von 5—7% auf 4½% herabgesetzt. Es handelt sich dabei um eine Summe von 80 Milliarden Franken.

Kleine Nachrichten

Berlin.

Der russische Volkskommissar des Äußern, Litwinow, ist heute früh in Berlin eingetroffen.

„Verstoß gegen die gute Sitte“

Arbeiter klagen gegen die Reichsbahn — „Muster“-Prozeß vor dem Arbeitsgericht — Wie man mit den Rechten der Arbeiter verfährt

Vorbemerkung

Bekanntlich hat die Reichsbahn in den Monaten Juli und August dieses Jahres zirka 1500 Arbeiter entlassen. Warum? Weil die Arbeiter einen Revers unterschreiben sollten. Was für einen Revers? Nun, sie, die bisher als „Stammarbeiter“ beschäftigt waren, sollten ihre Einwilligung geben, als „Zeitarbeiter“ weiter beschäftigt zu werden.

Was ist ein „Stammarbeiter“ der Reichsbahn? Ein Arbeiter, der nicht ohne weiteres entlassen werden kann, ein Arbeiter, der gegen die Entlassung das Recht und den Anspruch geltend machen kann, daß andere, die von Haus aus sich in einer wirtschaftlich besseren Lage befinden, zuerst entlassen werden müssen.

Was ist ein „Zeitarbeiter“? Ein Arbeiter, der jederzeit entlassen werden kann, ohne auch nur die geringsten Rechte gegenüber der Reichsbahn geltend machen zu können.

Mit der Unterschrift unter die Reverse hätten also die Arbeiter, die teilweise 10 bis 20 Jahre im Dienst der Reichsbahn stehen, freiwillig sich jeder Rechtsgrundlage begeben. Da nun die Arbeiter sich weigerten, den Revers zu unterschreiben, wurden sie entlassen. Von den 1500 haben 700 beim Arbeitsgericht geklagt. Von den 700 sind drei herausgegriffen und zu Musterklagen proklamiert worden.

Es klagen . . . .

Am 17. September 1932 wurden die drei Musterklagen vor dem Arbeitsgericht in Breslau ausgetragen, die für alle diese 700 Prozesse entscheidend sein sollen.

Es klagen der

1. Arbeiter Weinert, vertreten durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Betriebsrates von Laskowitz-Beckern, Ernst Begander;
2. Arbeiter Scholler, vertreten durch den Vorsitzenden des Betriebsrates der Bahnmeisterei Sagan;
3. Arbeiter Metzel, vertreten durch den Vorsitzenden des Betriebsrates der Bahnmeisterei Ohlau, Titzmann.

Alle Kläger sind pauschal von den Gewerkschaftssekretären Pröh und Schneider vertreten.

Die Arbeiter klagen gegen die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, vertreten durch den Reichsbahnassessor Dr. Graf Lamsdorf und dem Reichsbahnoberrat Dr. Scherler. Als Beistände hatten sie sich die Oberinspektoren Krusch und Kranz sowie den Inspektor Fiebig zu ihrer Unterstützung mitgebracht.

Den Standpunkt der Ausgebeuteten, den Standpunkt der entlassenen Arbeiter vertritt der Gewerkschaftssekretär Pröh. Den Ausbeuterstandpunkt, den Standpunkt des Arbeitgebers, vertritt der Reichsbahnoberrat Dr. Scherler.

Haben die Reverse Gültigkeit?

Pröh führt aus: Im Direktionsbezirk Breslau der Reichsbahn waren in diesem Frühjahr 14 500 Arbeiter beschäftigt. 1 500 sollten den Revers unterschreiben. Es hieß: „Wenn Ihr nicht unterschreibt, werdet Ihr sofort entlassen.“ Arbeiter, die zu einem großen Teil bereits über 20 Jahre bei der Reichsbahn beschäftigt gewesen sind, sollten damit ihre primitivsten Rechtsansprüche aufgeben.

Was tun? Unterschrieben die Arbeiter diesen Revers nicht, so hatten sie die Aussicht auf sofortige Entlassung, hatten die Aussicht, nie mehr bei der Reichsbahn beschäftigt zu werden. Man hätte ihnen in ihre Entlassungsbescheinigung geschrieben, daß sie „Arbeit verweigert“ hätten, und beim Arbeitsamt hätte man ihnen daher 6 Wochen lang die Unterstützung gesperrt (was nachträglich bei den Arbeitern, die sich geweigert hatten den Revers zu unterschreiben, auch tatsächlich eingetroffen ist!).

Man hat sozusagen die Unterschrift unter die Reverse unter Ausnutzung der „wirtschaftlichen Notlage“ erpreßt. Die Gültigkeit der Reverse ist daher durchaus anzuzweifeln.

Die Reichsbahn hat seinerzeit behauptet, daß sie die 1500 Arbeiter entlassen müsse, weil schon seit Monaten keine Arbeit mehr vorhanden sei. Das kann nicht stimmen, denn es wurden im selben Frühjahr 2000 Arbeiter neueingestellt und ebenso umfangreiche Aufträge an private Firmen vergeben. Ja selbst heute, nach der Entlassung der 1500 Arbeiter, vergäbe man immer noch Arbeiten an private Firmen.

Es handelt sich bei den ganzen Maßnahmen der Reichsbahn gegen die Arbeiterschaft um ein echt rigoroses Manöver.

Reichsbahnoberrat Scherler dagegen beschwört die „Legalität“ der Entlassungen, jammert und wehklagt über die schwierige Finanzlage der Reichsbahn. Unternehmerarbeit sei nur dort gemacht worden, wo es sich um Spezialarbeiten bei Neubauten handelte (Nanu? besitzt denn die R.B. selbst keine Spezialarbeiter?), wie überhaupt nur Unternehmerarbeit in allerdringendsten Fällen vergeben worden sei (?!).

Teilweise 90 Stunden Arbeitszeit

Gewerkschaftssekretär Pröh führt weiter aus: Die Entlassungen wären nicht notwendig gewesen, wenn die Reichsbahnleitung die Arbeitszeit verkürzt hätte. 54 Stunden wöchentlich sei die Regel. Nachweisbar betrüge aber in vielen Fällen die Arbeitszeit wöchentlich 90 Stunden.

Anstatt also Entlassungen vorzunehmen, wäre es angebrachter gewesen, zunächst einmal die Arbeitszeit zu verkürzen. Darüber hinaus hätte die Reichsbahngesellschaft über die Entlassungspläne zunächst einmal den Betriebsrat verständigen können.

Nach Pressemeldungen hat die Reichsregierung der Reichsbahn Gelder zur Verfügung gestellt, so daß Entlassungen gar nicht vorkommen hätten dürfen.

Reichsbahnoberrat Dr. Scherler dagegen: Die Reichsbahn hat nie Gelder von der Reichsregierung zur Beschäftigung von Arbeitern erhalten. Es seien vereinzelt Gelder zu verbuchen, die die Regierung aber lediglich zur „Belebung der Wirtschaft“ zugeschossen hätte.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung sei die Betriebsleitung (!) und nicht das Arbeitsgericht zuständig. Eine Betriebsarbeitszeitverkürzung läge durchaus nicht im Interesse der noch Beschäftigten, da deren Lohnausfall recht beträchtlich sei. (Ein interessantes Zugeständnis des Vertreters des Unternehmertums! Die Löhne sind also so weit gedrückt, daß man nur durch Ueberarbeit einen „angemessenen“ Lebensunterhalt verdienen kann!) Ein Austausch von Arbeitern käme überhaupt nicht in Frage, da ein Teil dieser Arbeiter für den Bahnschutz verwendet würden.

Pröh polemisiert gegen den Bahnschutz. Man könne sich die Ausbildung dieser Schutzgarde ersparen, es gäbe genug gediente Leute, aber freigewerkschaftlich Organisierte würden ja zum Bahnschutz nicht verwendet. (Pröh bedauert es wohl, daß Gewerkschaftler bei diesem faschistischen Bahnschutz nicht mitmachen dürfen.)

Und das Ergebnis der Verhandlungen

Die Klage Weinert wird abgewiesen, Weinert sei farbenblind, die Entlassung eines anderen käme daher nicht in Frage. (Unserer Meinung darf die Klage Weinert aus diesem Grunde schon gar nicht als Musterprozeß angesehen werden.)

Gleichfalls wird die Klage Metzel abgewiesen und die „unbillige Härte“ verneint, da der Arbeiter Strauß, der an Weinerts Stelle hätte entlassen werden können, inzwischen selbst entlassen worden ist. (Fürwahr, ein weiser Richtspruch! Auch in diesem Falle kann dieser Prozeß nicht als Musterbeispiel angesehen werden!)

Bei Scholler wird unbillige Härte zuerkannt.

Endeffekt: das Gericht bescheinigt der Reichsbahn, daß sie bei den Entlassungen sowie mit den Reversen gegen „die guten Sitten verstoßen habe“.

Ein für die Arbeiterschaft völlig unbefriedigendes Ergebnis. Die Reichsbahn darf also, falls sie sich über die „guten Sitten“ hinwegsetzt, weiterhin Reverse der Arbeiterschaft zur Unterschreibung vorlegen lassen, darf weiterhin ihre faschistischen Unternehmermethoden gegenüber der Arbeiterschaft anwenden.

Wirklich ein „Musterprozeß“ dafür, wie man die Arbeiter ausbeutet, wie man sich über Recht und Paragraphen hinwegsetzt.

„Schuld steht zwar nicht ganz fest“

trotzdem Proleten zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt

Das Urteil

Nach beinahe neunstündiger Beratung wurden am Sonnabend abend vom Sondergericht Breslau im Kanther Landfriedensbruchprozess folgende Ueteile verkündet:

Auf Kosten der Staatskasse freigesprochen wurden drei Reichsbannerleute und zwar Blaschke und Schiwek, bei denen der Staatsanwalt je zwei Jahre Zuchthaus beantragt hatte, und Jungmann.

Es wurden dagegen verurteilt wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung der Angeklagte Weiß zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis.

Sämtliche anderen Angeklagten, soweit sie der Eisernen Front angehören, wurden wegen einfachen Landfriedensbruchs verurteilt, und zwar einer zu 6 Monaten und zwei zu je 4 Monaten Gefängnis.

Die angeklagte Frau Anna Kuhl erhielt zwei Monate Gefängnis.

Ein weiterer Angehöriger der Eisernen Front wurde wegen Waffenmißbrauches zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Drei der Nationalsozialisten wurden wegen Waffenmißbrauches zu 5, 4 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt, der vierte wurde freigesprochen. — Die Verurteilten müssen die Strafe sofort antreten.

Die Urteilsbegründung

In der Begründung zu dem Urteil im Kanther Landfriedensbruchprozeß heißt es u. a.: „Das Gericht ist im wesentlichen bei Beurteilung der Vorgänge den Angaben der unparteiischen Zeugen gefolgt. Es ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß sich an dem Landfriedensbruch Blaschke und Schiwek nicht beteiligten, zumal Schiwek schon bald einen schweren Brustschuß erhalten hat.

Von welcher Seite diesen Provozierungen erfolgten, steht zwar nicht ganz fest,

das Gericht ist aber doch der Ansicht, daß die ersten Tätlichkeiten von den Anhängern der Eisernen Front ausgingen Bei Abmessung der Strafe konnte das Gericht nicht allzu milde urteilen, da es sich um einen schweren Zusammenstoß handelte.“

*

Rechtsanwalt Dr. Bandmann stellt in seiner Verteidigungsrede fest, daß von einem Landfriedensbruch auf Seiten der „eisernen Frontler“ nicht gesprochen werden könne, da die ersten Schüsse aus dem Hause gefallen sind, gerade die Schüsse, die den Kameraden Tilke tödlich verwundet haben. Wenn sich dann die beschossene Menge in berechtigter Notwehr zur Abwehr zusammenschließt, kann von einer „Zusammenrottung“ nicht gesprochen werden. Landfriedensbruch liegt auf Seiten der Nazis vor, die sich bereits früher „zum Empfang“ zusammengerottet hatten.

Wieder einmal sind Urteile gegen Arbeiter gefällt worden, wieder einmal waren es Arbeiter, die einen Toten und Verletzte zu beklagen hatten und auf der Anklagebank saßen. Wieder einmal hat die deutsche Justiz ihr Klassengesicht enthüllt.

Schwere Herbstgewitter

Hagel, Wolkenbrüche, Blitzschläge

Glogau, 18. September.

In den Nachmittagstunden des Sonntag ging über Glogau ein schweres Herbstgewitter nieder. Ein kalter Blitzschlag traf einen Turm in der katholischen Gymnasialkirche, ein weiterer kalter Blitzschlag richtete in der Kolonnade des Schützenhauses erheblichen Schaden an und ein dritter Schlag zündete in der Scheune des Gutsbesitzers Schulz im benachbarten Brostau. Das Feuer griff bald auf eine weitere Scheune über und in kurzer Zeit standen beide Scheunen über und über in Flammen. Der Schaden ist, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sehr erheblich. Bei weiteren schweren Schlägen hat das Gewitter in Bäumen der städtischen Promenadenanlage großen Schaden verursacht, ebenso in Schrebergärten und sonstigen Gartenanlagen wurden durch den Hagel, den der Gewitterregen mit sich brachte, Verwüstungen verursacht.

Auch in Breslau ging in den frühen Abendstunden ein schweres Gewitter nieder.

In das Vorwerk Johannisberg schlug der Blitz in eine Scheune. Naturfreunde, die sich zufällig auf dem Vorwerk einfanden, halfen bei den Löscharbeiten.

„. . . aus Freude am Feuer“

Jauer, 17. September.

Unter dem Verdacht, die Scheune bei dem Gutsbesitzer Thomas in Hertwigswaldau in Brand gesetzt zu haben, wurde der bei dem Gutsbesitzer beschäftigte Pferdebursche Walter Wandel festgenommen, der gegenüber dem Untersuchungsrichter ein Geständnis ablegte. Er will den Brand aus Freude am Feuer angelegt haben. Es ist dies schon der zweite Dienstbursche bei dem Gutsbesitzer, der aus dem gleichen Motiv die Scheune in Brand steckte.

Ohlau, 17. September.

Das Großfeuer in Weigwitz, dem zwei Scheunen mit der Ernte von über 180 Morgen zum Opfer fielen, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Als Brandstifter wurde ein sechsjähriger Knabe festgestellt, der bei dem Gutsbesitzer Heinrich zu Besuch weilte. Der Knabe hatte hinter der Scheune mit Streichhölzern gespielt und einzelne Strohhalme angezündet. Wahrscheinlich durch Funkenflug war dann das auf der Tenne lagernde Getreide in Brand geraten.

Leobschütz, 18. September.

In Krostillau brach Feuer aus. Als es entdeckt wurde, brannten bereits zwei Scheunen, eine Stallung und ein Auszugshaus. Das Feuer griff schnell um sich und die Feuerwehr konnte nicht verhindern, daß noch ein Auszugshaus, eine Scheune und zwei weitere Stallgebäude von den Flammen ergriffen wurden. Alle Gebäude brannten bis auf die Grundmauern nieder. Dreizehn Feuerwehren waren aufgeboten, die dann ein weiteres Umsichgreifen des Feuers verhüten konnten. Ueber die Entstehungsursache des Feuers konnte noch nichts festgestellt werden.

3 schwere Verkehrsunfälle

Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Sonnabend vormittag gegen neun Uhr in der Charlottenstraße. Dort bog ein Goliath-Lieferwagen aus der Charlottenstraße in die Kaiser-Wilhelm-Straße ein. Dabei lief der 72jährige Werkmeister Oskar Peuser dem Lieferwagen in die Fahrbahn. P. wurde vom Wagen erfaßt und zu Boden geschleudert, so daß er besinnungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde sofort in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus geschafft, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde, der zum Tode des Verletzten führte. Die Schuldfrage an dem Unfall ist zwar nicht völlig geklärt, jedoch wird von Zeugen behauptet, daß der Verunglückte selbst den Unfall verschuldet habe.

Als der Kraftwagenführer Sch. aus der Gryphiusstraße am Freitag gegen 19,15 Uhr mit seinem Kraftwagen, von der Gabitzstraße kommend, in die Güntherstraße einbog, lief ihm die 7jährige Schülerin Gertrud F., die mit anderen Kindern auf dem Bürgersteig spielte, plötzlich in die Fahrbahn. Dem Führer gelang es nicht mehr, das Fahrzeug zum Halten zu bringen und das Kind wurde von dem rechten Kotflügel zu Boden geworfen. Mit einer schweren Kopfverletzung mußte das Kind in das Israelitische Krankenhaus geschafft werden. Der Zustand der Schülerin war Sonnabend morgen noch sehr ernst, es besteht Lebensgefahr. Die Ermittelungen über die Schuldfrage sind aufgenommen.

Durch das leidige Abspringen von fahrenden Straßenbahnzügen ereignete sich am Freitag gegen 20,25 Uhr auf der Rosenthaler Straße in Höhe der Paulinenstraße ein schwerer Verkehrsunfall. Um die genannte Zeit fuhr der Klempner A. aus der Antonienstraße die Rosenthaler Straße mit einem Straßenbahnzug der Rundbahn. In Höhe der Paulinenstraße sprang der Fahrgast von dem fahrenden Straßenbahnwagen ab, kam so unglücklich zu Fall, daß er mit einem Schädelbruch besinnungslos liegen blieb. Die anwesenden Zeugen brachten den Schwerverletzten in das St. Georgskrankenhaus. Es besteht Lebensgefahr.

Sozialistischer Schutzbund!

Sonnabend, den 24. 9. 1932, findet in Breslau im Lokal „Zum Lessing“, Adalbertstraße, die Kreiskonferenz des Kreisverbandes Ost statt. Beginn im Anschluß an die Bezirkskonferenz der SAP etwa 23 Uhr.

Jede Ortsgruppe muß durch den Schutzbundleiter vertreten sein.

Meldungen zwecks Beschaffung von Nachtquartier sofort an Gen. Kirstein, Breslau, Jauer Straße 3.

„. . . will rücksichtslos vorgehen“

Die schlechte Straßendisziplin der Radfahrer

Breslau, 18. September.

Der Regierungspräsident in Breslau hat an die Polizeibehörden des Regierungsbezirks eine Rundverfügung erlassen, in der er darauf hinweist, daß die Straßendisziplin der Radfahrer immer noch sehr viel zu wünschen übrig läßt und die vor einiger Zeit erlassene Rundverfügung, die die Bekämpfung der durch die Radfahrer verursachten Verkehrsunsicherheit zum Ziele hatte, nicht die erhoffte Wirkung gehabt hat. Der Regierungspräsident weist die Polizeibehörden an, nunmehr gegen polizeiwidriges Verhalten des Radfahrers rücksichtslos vorzugehen und bei Verstößen empfindliche Strafen festzusetzen.

Deutsche Friedensgesellschaft

Die Sorge um die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands beherrscht alle Volkskreise. Welche Stellung dazu die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Breslau, einnimmt, will sie in der kommenden Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 21. September 1932, abends 8.15 Uhr, im Zimmer 1 des Kaufmannsheims, Schuhbrücke, darlegen. Das Thema des Abends lautet: „Was wird aus Deutschland?“, und als Referent ist Genosse Dr. Walter Fabian-Dresden gewonnen worden. Gäste sind herzlich willkommen.

Schlesischer Arbeiter-Sport

Bombensiege der Favoriten

Serienbeginn der Handballer

Bombensiege der Favoriten — 1. Abt. schlägt Fr. Schwimmer doppelstellig — Knapper Sieg der 9. Abt.—Stabelwitz — 7. Abt. schlägt 1897 erst in der letzten Viertelstunde

Schon am 1. Seriensonntag machten sich teilweise, die Klassenunterschiede der 2. Mannschaften, welche in die A-Klasse aufrückten, bemerkbar.

1. Abt. I—Fr. Schwimmer II 20:1 (11:1). In diesem Spiel hatte die 1. Abt. jederzeit das Heft in der Hand und gewann nach Belieben.

1925 I—2. Abt. I 11:9 (4:4). Bis zum Wechsel vollständig ausgeglichenes Spiel, wobei es jeder Mannschaft gelingt, vier Erfolge zu erzielen. Nach der Pause 2. Abt. besser. In wenigen Minuten wurde eine 8:5-Führung herausgeholt. Die letzten Minuten setzt 1925 zum Endspurt an, es gelingt ihnen durch gutes Kombinationsspiel einen knappen, aber verdienten Sieg herauszuholen.

7. Abt.—1897 I 16:10 (8:7). Schwerer als erwartet, hatte die 7. Abt. gegen die Athleten zu kämpfen. Schon in der zweiten Minute gingen die Athleten in Führung. Doch schon vom Anstoß weg gleicht 7. Abt. aus, und schon eine Minute später steht es 2:1 für 7. Abt. Durch gutes Kombinationsspiel der 7. Abt. wird die Torzahl auf 4 geschraubt, aber in kurzer Zeit gleichen die Athleten wieder aus. Bis zur Halbzeit knappe Führung der 7. Abt. Nach der Pause wechselseitige Angriffe bis zum Stande von 9:8. Nun setzt die 7. Abt. zum Endspurt an und kann letzt Dank besserer Stürmerleistungen obigen Sieg herstellen.

Stabelwitz—9. Abt. I 4:8 (2:5). Zirka 200 Zuschauer waren bei diesem sehr flott durchgeführten Kampfe anwesend. Gleich vom Ansturm weg legt sich die 9. Abt. mächtig ins Zeug und kann bis zur Halbzeit eine 5:2-Führung herausholen. Nach der Pause wurde das Spiel ausgeglichener. Stabelwitz kann zwar 2 Tore aufholen, kann aber nicht verhindern, daß 9. Abt. nicht einem 6. Tor den Sieg sicherstellt.

6. Abt. II—Südost I 7:5 (4:3). Daß die 6. Abt. gegen Südost gewinnen wird, hat niemand erwartet. Südost zeigte nicht die gewohnten Leistungen und mußte einen knappen, aber verdienten Sieg der 6. Abt. überlassen.

SilKick I—1. Abt. II 9:1 (2:0). Daß 1. Abt. gegen die Vereinigten nicht gewinnen wird, war vorauszusehen. Trotzdem hatte SilKick. bis zur Pause stark zu kämpfen, um eine 2:0-Führung zu erzielen. Nach der Pause macht sich aber bei der 1. Abt. das scharfe Tempo der ersten Hälfte bemerkbar. In regelmäßigen Abständen erhöhen die Vereinigten das Resultat auf 9. Kurz vor Schluß kommt 1. Abt. zum wohlverdienten Ehrentor.

8. Abt. I—5. Abt. II 13:3 (7:2). 5. Abt. stand gegen den Bezirksmeister schon von vornherein auf verlorenem Posten. Die 8. Abt. hatte leichte Arbeit und gewann nach Belieben.

5. Abt. I—Dt. Lissa I 7:2 (4:2). Die 5. Abt. hatte gegen Dt. Lissa hauptsächlich in der ersten Hälfte stark zu kämpfen. Der sehr gute Halblinke konnte bis Halbzeit durch 4 Tore der 5. Abt. eine knappe Führung herausholen. Nach der Pause ist 5. Abt. tonangebend, 3 weitere Tore sind die Ausbeute.

Fr. Schwimmer I—4. Abt. I 10:3. Durch diesen doppelstelligen Sieg beweisen die Fr. Schwimmer, daß in dieser Serie wieder mit ihnen zu rechnen ist.

1925 II—3. Abt. I 8:5 (2:3). Ganz überraschend kommt der Sieg von 1925 II. Noch zur Pause konnte 3. Abt. 3:2 führen. Nach dem Wechsel gelang es aber 1925 durch unermüdliche Arbeit, einen knappen, aber verdienten Siegheraus zuholen.

Weitere Resultate melden: 1911 I—8. Abt. II 9:4. — 7. Abt. II—1897 II 7:4. — Stabelwitz II—Nordost I 13:1. — Stabelwitz II—6. Abt. IV 7:3. —Stabelwitz IV—Hundsfeld I 3:5. — 1925 III—8. Abt. III 3:4. — Stabelwitz Jgd.—4. Abt. Jgd. 6:2. — 1. Abt. Jgd.—Fr. Schwimmer Jgd. 7:9. — VfB-Oltaschin Sportlerinnen—4. Abt. Sportlerinnen 2:0. 9. Abt. Sportlerinnen—2. Abt. Sportlerinnen 7:0. — Neukirch Schül.—Stabelwitz II. Schül. 8:0. — Stabelwitz I. Schül.—6. Abt. I. Schül. kampflos für St. — 1925 I. Schül.—8. Abt. Schül. 10:2. — 1925 II. Schül.—Nordost Schül. 2:2. — 7. Abt. Schül.—6. Abt. II. Schül. 6:2.

Handball-Bezirksspielausschuß: Sämtlichen Vereinen und Abteilungen zur Kenntnis, daß die Spiele gegen 9. Abt. alle auf Gegners Platze ausgetragen werden, da der 9. Abt. der Platz weggenommen wurde. — Jeden Montag müssen auch von den Schülerspielen die Spielformulare abgegeben werden.

Fußball

Ein schwarzer Sonntag für Favoriten

Falke, Stern und Sturm geschlagen. — VfB endgültig Gruppenmeister. — Rotweiß Spitzenführer der II. Klasse.

Der gestrige Sonntag stellte mit seinen Spielergebnissen die Tips der Vorschau wieder einmal vollständig auf den Kopf. Mannschaften die vorher als sichere Sieger genannt waren, mußten sich durch Spieleifer und bessere Gesamtleistungen des Gegners geschlagen bekennen. Infolge Stoffandranges für das Europameisterschaftsspiel, können wir leider heut nur einen Sammelbericht bringen

Im Spiel Falke-Einigkeit lag Falke zur Pause noch in Führung, mußte aber dann durch einen 4:3 Sieg Einigkeits die erste Niederlage während der ganzen Spielsaison hinnehmen. — Union-Dt. Lissa spielte weit unter seiner Form, sodaß die überaus eifrige Rapidmannschaft ein 3:3 erzwingen konnte. — Obwohl FSB auf eigenem Platze spielte, mußte sie von Sportfreunde eine 2:1 Niederlage hinnehmen. — Mit demselben Resultat verlor auch Blauweiß-Strehlen, sodaß damit Aussichten für die Spitze endgültig geschwunden sind, die nunmehr VfB-Oltaschin absolut sicher hat und durch einen 3:1 Sieg über West befestigte. — Die Formverbesserung, die SilKick aufwies, scheint bereits vorüber zu sein, denn gegen Sparta verloren sie glatt 6:1 und kommen dadurch, daß Wratislawia-Pfeil mit 2:1 schlug, sogar noch in Abstiegsgefahr. — Wacker und Herta trennten sich nach gleichmäßigem Spielverlauf unentschieden 1:1. — Stern dagegen mußte auf eigenem Platze eine 2:1 Niederlage durch VfL hinnehmen. Größerer Spieleifer VfL.'s war für den Sieg ausschlaggebend, obwohl Stern in den letzten 10 Minuten äußerst stark drängte. — Einen überaus spannenden Kampf bekam man in dem Spiele 1930 Sturm zu sehen. 1930, die außerordentlich gut in Form sind, brachten es fertig, bereits zur Halbzeit 2:0 zu führen und diesen Vorsprung zu einem 3:1 Siege auszubauen. Auf alle Fälle sollte aber 1930 die Mannschaft sein, die bei einigermaßen besserem Spielsystem eine große Zukunft hat. — Das ziffernmäßig höchste Resultat erzielte Südost die 1921 mit 10:0 schlugen. — Eine der größten Ueberraschungen leistete sich Hundsfeld, welche sich von Lanisch mit 2:1 schlagen ließen. Damit sollte Hundsfeld die Aussichten, noch die Spitze zu erringen, endgültig begraben haben. — Rotweiß brachte es fertig, die auf eigenem Platze gefährliche Eiche-Trebnitz-Mannschaft mit 2:1 niederzuringen und dadurch die Spitze der 2. Klasse wieder zu übernehmen. — Bei gutem Besuch und spielerisch wertvollen Leistungen gelang Rosenthal ein glatter 6:3 Sieg über Steine.

Achtung Dresden-Fahrer!

Wir geben heut die Stellplätze und Abfahrtszeiten für die Fahrtteilnehmer bekannt:

Stellplatz 1 Ring-Tankstelle: Abfahrtszeit 3.30 Uhr früh
Stellplatz 2 Striegauer Platz: Abfahrtszeit 3.40 Uhr früh
Stellplatz 3 Letzter Heller: Abfahrtszeit: 3.50 Uhr früh
Stellplatz 4 Dt. Lissa am Deutschen Haus: Abfahrtszeit 4.00 Uhr früh

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die genannten Zeiten Abfahrtzeiten sind, die innegehalten werden müssen, damit wir zu der in Dresden angemeldeten Zeit eintreffen. Den Anweisungen der Fahrtleiter ist unbedingt Folge zu leisten. Bei Besteigen des Wagens muß die Fahrtteilnehmerkarte vorgezeigt werden. Da die Verträge nunmehr endgültig abgeschlossen sind, kann eine Zurückzahlung des Fahrgeldes bei evtl. Nichtteilnahme nicht mehr zurückgezahlt werden. Es besteht weiterhin die Absicht, für Fahrtteilnehmer, die evtl. erst Montag von Dresden zurückfahren wollen, eine derartige Fahrt einzurichten. Die Mehrkosten in Höhe von 1.— RM sind bei der Zwischenstation in Görlitz zu zahlen. Die Rückfahrt von Dresden am Sonntag Abend ist auf 19.30 Uhr ab Standquartier, Kreisheim, Parkstr. 6, angesetzt. Auch hier muß der Termin pünktlich innegehalten werden, um rechtzeitig in Breslau wieder eintreffen zu können. Eine besondere Bekanntmachung erfolgt nocht im lokalen Teile der Arbeiterpresse.

Schiedsrichter-Vereinigung: Der nächste Schiedsrichter-Kursus findet am Donnerstag, 22. September, 20 Uhr, im Bezirkslokal statt. Wir bitten sämtliche Kursisten die Aenderung des Tages zu beachten. — Am Montag, 3. Oktober, ist im Bezirkslokal um 20.30 Uhr die fällige Vollversammlung.

Bezirkskassierer: Die Vereine Oels, Namslau und Rosenthal haben ihre Bezirksrechnungen bezahlt.

Arbeitsausschuß: Der VfR Freiburg I. Schl. sucht für Mitte November Breslauer Gegner ohne Fahrtentschädigung mit sofortigem Rückspiel. Schnelle Anschriften an Willi Krause, Polsnitz 8, bei Freiburg.

Berichterstatter-Vereinigung: Am Sonntag, 2. Oktober, 9 Uhr, wichtige Berichterstatter-Versammlung im Bezirkslokal.

Achtung Vereinsvorsitzende und Techniker! Der Vereinstechniker-Kursus wurde durch Rundschreiben um 14 Tage hinausgeschoben. Die Meldeabschnitte sind bis spätestens 10. Oktober an Arthur Gnieser, Frankfurter Str. 116/118 einzusenden. — Heut 19 Uhr findet im Bezirkslokal eine Techniker-Ausschuß-Sitzung statt.

Spielvereinigung 1921: Freitag, 23. September, 20 Uhr, Vollversammlung bei Schirotzeck, Frankfurter Str. 17. Vorstandsmitglieder um 19 Uhr.

Freie Sportvereinigung Cawallen: Allen Vereinen zur Kenntnis, daß sämtliche Anschriften von jetzt ab an Gen. Georg Bannert, Breslau-Cawallen, Cawallener Str. 91, zu richten sind

Sportklub Alemannia-Ransern: Freitag, 23. September, 20 Uhr, Versammlung in der Schwedenschanze bei Stanneck.

35-Jahrfeier der Freien Sportvereinigung 1897

Nicht mit einem prunkenden Fest, welches in dieser schweren Notzeit und der wirtschaftlichen Lage wohl nicht möglich für breite Kreise der Arbeitersportbewegung ist, sondern mit einer Werbewoche in den Turnhallen und einer Abschlußfeier am Sonntag beging die Freie Sportvg. 1897 ihr 35 jähriges Bestehen. Der Kraftsport mit seinen Sparten fand in der Vereinigung, welche 1927 durch Verschmelzung des A. K. Germania 1897, dem S. C. Viktoria, Athl.-Klub Herkules 98 und dem S. C. Eichenlaub auf eine breite Basis gebracht wurde, stets die größte Förderung. In dem letzten Jahrzehnt wurde durch Aufnahme neuerer Sportarten wie Frauenturnen, des Handballsports sowie Gründung von Knaben- und Mädchenabteilungen der neuen Zeit Rechnung getragen. An den Werbeabenden wurde in den Turnhallen Sauerbrunnen, Brunnenstraße und der Waterlooschule der Uebungsbetrieb demonstriert. In der Waterloohalle fand ein Leistungsheben, ein Vierkampf statt, welches folgende Resultate brachte: Bantamgew.: 1. Stehmann mit 420 Pfd. Federgew.: 1. Hartmann 590 Pfd., 2. Knetsch 490 Pfd. Leichtgew.: 1. Jersitz 620 Pfd., 2. Simmenauer 460 Pfd. Mittelgew.: 1. Meistrock 630 Pfd., 2. Gutsmann 615 Pfd. Altersklasse: 1. Fuchs 580 Pfd., 2. Koch 535 Pfd. Am Freitag abend kam in Pförtners Festsälen, Gräbschner Straße, bei gutem Besuch ein Mannschaftskampf im Ringen der A-Klasse zwischen dem Jubiläumsverein 1897 und der Kraftsportvg. West 1921 zum Austrag, der nach interessanten Kämpfen wie nachstehend verlief: Fliegengew. M. Patzold (97), dem West 21 keinen Gegner stellen konnte, siegte über Recknagel in 9,06 Min. durch Doppelnelson und in 9,27 gegen Cordon. Bantamgew.: Schmidt (97) kann in beiden Gängen trotz Ueberlegenheit mit Rostig (West 21) nur ein Unentschieden erzielen. Federgew.: Strauch (97) siegt in beiden Treffen über Gregor West 21 in 1,35 und 4,10 Min. durch Schleuder. Leichtgew.: Triebe (97) liefert sich mit Haupt (West 21) in beiden Runden einen offenen Kampf, der remis endet. Mittelgew.: Walter Zimmer (97) siegt in der Vorrunde nach hartem Ringen in 9,20 Min. durch Ueberwurf gegen Neumann (West 21), das zweite Treffen verlief resultatlos. Halbschwergew.: Aßmann (97) wirft den ihm körperlich unterlegenen Bygel (West 21) in 1,50 Min. durch Niederdrücken der Brücke und im zweiten Treffen durch Armzug in 5,50 Min. Schwergew.: Heier (97) konnte seinen Gegner Pohl (West 21) diesmal entscheidend besiegen, der 1897er gewann den 1. Kampf in 8,10 Min. durch Untergriff und die Rückrunde durch Ausheber in 4,15 Min. In der Gesamtwertung siegte im Vorkampf die Freie Sportvg. 1897 gegen Kraftsportvg. West 21 mit 10:2 Punkten und in der Rückrunde mit 9:3. Aus den Rahmenkämpfen ist noch der Blitzsieg von Malecki (97) zu erwähnen, der in 20 Sekunden über Thiegel (West 21) gewann. In der Abschlußfeier am Sonntag in Pförtners Sälen konnte der Vors. Gen. Piegel, der in kurzen Zügen auf die Vereinsgeschichte hinwies, dem Gen. Fritz Beier zu seinem 25 jährigen Vereinsjubiläum die besten Glückwünsche übermitteln. Sportliche Darbietungen, unter denen der Gymnastikakt der kleinen Ruth Beier auf eine große Begabung hinwies, umrahmten die harmonische Veranstaltung. P. Py.

Regatta der Freien Rudervereinigung Breslau e. V.

Gestern fand die Herbstregatta der Freien Rudervereinigung statt. Ziel war das Bootshaus am Weidendamm. Es wurden 2000, 1000 und 600 m in den verschiedenen Klassen und Bootsarten gestartet. Gegen 200 Personen folgten den z. T. spannenden Kämpfen.

Rennen I: Einer-Kajak über 1000 m ausgefallen.

Rennen II: Riemen-Vierer, Männer-Klasse, 2000 m. Hier waren 3 Boote im Rennen. Nach wechselvoller Führung kämpft sich die Mannschaft Fuchs Willi, Fuchs Walter usw. auf der Höhe 1000 m eine klare Führung und kommt mit Längenvorsprung ein.

Rennen III: Faltbootzweier, Frauen, über 600 m. Kurz nach dem Start erkämpft sich die Mannschaft Waberzeck-Schmolke die Führung, die bis ans Ziel gehalten wird.

Rennen IV: Doppelzweier, Frauen. Harter Kampf auf der ganzen Strecke. Die Mannschaft Scholz-Stiller kann eine Länge vor der mit starkem Pech verfolgten 2. Mannschaft einkommen.

Rennen V: Faltbootzweier, gemischt, 1000 m. Hier starten nur Boote der Freien Kanuvereinigung. Das 1. Boot erhielt die Führung über die ganze Strecke, dicht gefolgt von den anderen 5 Booten.

Rennen VI: Riemen-Vierer, Männer, C-Klasse, 1000 m. Zwei Boote im Rennen. Von Anfang an führt die Mannschaft Lorenzek, Beuthner usw. Sie gehen mit zwei Längen Vorsprung durchs Ziel.

Rennen VII: Faltbootzweier, Männer, 1000 m. Hier starten 6 Boote. Nach gutem Start führen Kanufahrer vor einem Boot der Ruderer, das sich auf 500 m die Führung sichert und mit einer Bootslänge das Ziel passiert.

Rennen VIII: Riemen-Vierer, Männer A, 2000 m. Nach gutem Start erkämpft sich die Mannschaft Böhm-Griwlatz usw. die Führung. Boot 2 und 3 kämpfen auf der Strecke um die Plätze. Das zweite Boot holt auf 1800 m auf und kommt um 1½ Länge an das 1. Boot heran, dicht gefolgt vom 3. Boot.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Werbeturnen aller Männerturner am 14. Oktober 1932: Am 14. Oktober werden in allen Männer-Abteilungen unseres Vereins Schauturnen durchgeführt. Wir bitten die Turnwarte und Abteilungsleiter alle Vorbereitungen jetzt schon zu treffen. — Am 15. Oktober findet eine außerordentliche Vereinsversammlung statt, in der der Genosse Helmut Wagner-Dresden sprechen wird. Diese Versammlung gilt als Auftakt zu dem am 16. Oktober stattfindenden Schulungskursus, bei dem die Beteiligung aller Funktionäre dringend erforderlich ist. Ort und Zeit wird noch bekanntgegeben. — An der Sitzung der Männer-Turnwarte und Jugendleiter am Montag nehmen noch die Kinderturnwarte aller Abteilungen teil. Wir müssen einen Beschluß fassen, der Eure Anwesenheit erfordert. Die Sitzung findet nicht im Kartellbüro, sondern im Zimmer 15 des Gewerkschaftshauses statt. Beginn Punkt 20 Uhr. — Die erste Uebungsstunde der Vereinsklasse für Männer- und Knabenturnen findet nächsten Mittwoch, den 21. September, in der Liegnitzer Turnhalle statt. Die Knaben üben von 18—19.30 Uhr, die Männer von 19.45 Uhr bis 20.15 Uhr. Wir verweisen auf die in den Rundschreiben angegebenen Voraussetzungen und bitten alle Abteilungen um entsprechende Delegation. — Für Geräteturner steht ab 18. September fortlaufend bis auf weiteres jeden Sonntag Vormittag von 8—11 Uhr die Turnhalle Brockauer Str. zum Ueben zur Verfügung. Wir müssen ausdrücklichst darauf aufmerksam machen daß insbesondere für die evtl. als aktive Turner für einen Städtewettkampf in Frage kommen, regelmäßig trainieren müssen, da sonst kaum die Möglichkeit besteht, konkurrenzfähig zu sein. — Dienstag, den 20. September, Lehrstunde für Gymnastik Gruppe Süd (8. und 4. Männer-Abt.) ab 19.45 Uhr Turnhalle Reichstr. — Freitag, den 23. September, ebenfalls Gymnastik Gruppe West (1., 7. und 9. Männer-Abt.) 19.30 Uhr Turnhalle Klodnitzstraße.

9. Männer-Abt.: Wir geben hiermit allen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Sportplatz in Gandau durch mehrfache Differenzen mit dem Pächter für uns bis auf weiteres gesperrt ist. Trainingsstunden finden nicht mehr statt. Serienspiele werden auf anderen Plätzen ausgetragen. Nach Vereinbarung mit der 7. Männer-Abt. läßt sich aber, soweit die Witterung es noch gestattet, ein gemeinsames Trainieren im Bebelpark ermöglichen. Wir bitten alle Genossen, den Spielleiter über Einzelheiten zu befragen. — Die Herbstveranstaltung am 22. Oktober findet demnach nicht bei Rathmann, sondern im Vergnügungspark Kl. Gandau statt. Die Kartenausgabe erfolgt in nächster Woche. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pf. — Mittwoch, den 21. September, Vollversammlung aller Mitglieder im Vereinszimmer Vergnügungspark Kl. Gandau. Wir bitten dringend um das Erscheinen aller Mitglieder.

2. Männer-Abt.: Für unsere Veranstaltung 1000 Takte Tanz ersuchen wir alle Mitglieder, für regen Vertrieb der Eintrittskarten Sorge zu tragen.

6. Männer-Abt.: Freitag, 23. September, Abteilungsversammlung bei Altmann.

PTB — 7. Männer-Abt.: Freitag, 23. September nach dem Turnen Handballer-Versammlung. Wer noch in der III. Mannschaft spielen will, hat ebenfalls zu erscheinen. Pässe sind mitzubringen.

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau E. V. Treffpunkt für die am Sonntag stattfindende Vereinsradpartie ist früh 7 Uhr am Gewerkschaftshaus. — Fahrstrecke: Nakonzbrücke Hundsfeld, Peuke, Bohrau, Stampen, Döberle, Gotwohne. — Hier Mittagspause und Rast bis zur Abfahrt. — Zurück über Jack-Schönau, Dobritschau, Domatschine Hundsfeld, Poseidonbad. Lampen mitbringen.

Arbeiter-Athletenverein Breslau 1911: Heut Abend in der Turnhalle Liegnitzer Str. Ausgabe der Vorverkaufskarten zum Vereinswettstreit im Ringen am 2. Oktober. Das Gewichtheben wird am Donnerstag, den 29. September, um 19 Uhr ausgetragen. Wer kommenden Sonntag in Liegnitz startet, muß heut Abend seine Meldung abgeben.

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

D. 20: Distriktsversammlung fällt heute aus und findet daher am Mittwoch statt.

Distriktsversammlungen am Mittwoch, den 21. 9.

D. 8 bei Schirotzek, Frankfurter Str. 17. Ref.: Rausch.

D 11 bei Hahn, Hildebrandtstr. 9. Ref.: Reimann.

D 13 bei Nitschke, Posener Str. 79. Ref.: Pfaff.

D. 19/34 Frauenversammlung im Parteibüro. Ref.: Nevermann.

D. 20 bei Koppe, Enderstr. 11. Ref.: Oppler.

Sozialistische Arbeiterhilfe

Achtung Milchausgabe! Umtausch der weißen Milchkarten der SAH jeden Dienstag und Freitag, 19—20 Uhr, bis 30. 9. gegen grüne Karten. Ein späterer Umtausch findet nicht statt.

Gefangenenfürsorge. Quittung: Eingegangen sind: Roter Abend Zimpel d. Gen. Geburt 6,50 Mk. Frauenvers. Stabelwitz d. Gen. Sacher 1,00 Mk. Sammelbüchse Gen. Sacher 4,00 Mk.

SJ Sekretariat. Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Wochenplan der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde Breslau von Montag den 19. bis Sonntag, den 25. September 1932.

Zentrale Mitteilungen. Di., 20 Uhr, Heim Merkelstr. Helfer-Sprechchorprobe. Mi. Rotfalkenhelfer Heim Seydlitzstr. Fr. Nestfalkenhelfer, 20 Uhr, Heim Seydlitzstr. Jungfalkenhelfer, 20 Uhr, Heim Hirschstr. Sbd. Falkenparlament, 17 Uhr, Heim Hirschstr.

Abt. 1, Ohlauer Tor. Mo., 17 Uhr, Jung- und Rotfalken Außenspiele. Di., 17 Uhr, Jung- und Rotfalken Außenspiele, 17 Uhr, Nestfalken II Heim. Mi. Nestfalken I Heim, lustiger Nachmittag. Do., 17 Uhr, Jungfalken Heim. Fr., 17 Uhr, Rotfalken Heim.

Abt. 2, Scheitnig. Mo., 17 Uhr, Nestfalken Spiele. 16 Uhr Jung- und Rotfalken Wiese. Di., 17 Uhr, Jungfalken Tänze. Mi., 17 Uhr, Rotfalken. Do. Falken 16 Uhr Wiese. Jungfalken 17 Uhr Heim, Arbeitsgemeinschaft. — **Abt. 3, Odertor.** Mo., 16 Uhr, Nest-, Jung- und Rotfalken Wiese. Di., 17 Uhr, Jungfalken I u. II wichtiger Gruppennachmittag. Mi., 15 Uhr, Nestfalken I Heim. Mi., 17 Uhr, Rotfalken I Heim, wir lesen „Der eiserne Strom". Mi., 17 Uhr, Rotfalken II Heim, Arbeitsgemeinschaft: Was ist Sozialismus? Do., 16 Uhr, Jung- und Rotfalken Wiese. Fr., 17 Uhr, Nestfalken II Heim, wir lesen Emil und die Detektive. Flötisten mit Instrumenten im Keller. Karten abrechnen. — **Abt. 4, Nikolaitor.** Mo., 16 Uhr, Rotfalken am Westpark. Ballspiele. Di., Jungfalken 18 Uhr Westpark Wiese. Mi. u. Do., 17 Uhr, Nestfalken Heim. Mi. Rotfalken 16 Uhr Westpark, Singspiele. Mi. Jungfalken 16.30 Uhr Musikgruppe, 17 Uhr, Gesellschaftsspiele. Do., Rotfalken 17 Uhr Heim, wichtiger Gruppennachmittag. Fr. Jungfalken 16 Uhr Wiese. Di. fallen die gemeinsamen Badetage aus. — **Abt. 5, Gräbschen.** Mo., 17 Uhr, Rotfalken Spiele, Heim. Di., 16.30 Uhr, Nest-, Jung- und Rotfalken Heim, Wiese. Do., 16.30 Uhr, Nest-, Jung- und Rotfalken Heim. — **Abt. 6, Strehlener Tor.** Mo. Jung- und Rotfalken Wiese. Di. Nestfalken Unterhaltung. Mi. Jungfalken, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft. Die Pioniere, Do. Rotfalken Zausestunde. Fr., 16 Uhr, Nestfalken Wiese. — **Abt. 7, Innere Stadt.** Mo. Rotfalken Heim, Lieder u. Lesen, Jungfalken Brettspiele. Do. Nestfalken Lieder u. Lesen. Do. Jung- und Rotfalken Bauschulwiese, 16 Uhr am Neumarkt. — **Abt. 8, Zimpel.** Mi., 16 Uhr, Jung- und Rotfalken Wiese. Do., 16 Uhr, Nestfalken Wiese. — **Abt. 9, Dürrgoy.** Mo., 17 Uhr, Nestfalken Lieder und Lesen. Di. Jung- und Rotfalken Arbeitsgemeinschaft: Unsere Rote Kinderwelt. Mi. Nestfalken 17 Uhr Ballspiele. Fr. Jung- und Rotfalken 17 Uhr Sport u. Spiele. — **Abt. 10, Stabelwitz-Herrnprotsch.** Wochenzettel nicht abgegeben. — **Abt. 11, Pöpelwitz.** Bei schönem Wetter im Bebelpark.

STADTTHEATER
Montag, 20—22.30 Uhr
Der Opernball
Dienstag, 20—23 Uhr
Abonn.-Vorst. A 2
Der Freischütz
Mittwoch, 20—22.45 Uhr
Abonn.-Vorst. B 2
Zar und Zimmermann

LOBETHEATER
Täglich 20.15—22.45 Uhr
Schuster Anton Hitt
GERHART-HAUPTMANN THEATER
Täglich 20.15—22.15 Uhr
Die versunkene Glocke

Besucht das „Proleton"
Arbeiter-Sport-Kartell

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 1 Wedend 3422
Dienstag, 20. Sept.
8.30 Uhr
Herzdame
Gartenbühne
Dienstag, 20. Sept.
5.00 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Frühlingsfest

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Telephon 206 02.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe; Telephon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

Radebeul
Kurbad Nizza-Bad
alle Bäder der Neuzeit. Elektr. Licht- u. Warmbäder, Kamillendampfbäder, Kamillen-Inhalation, Sauerstoffbäder, Kohlensäurebäder, Fichtennadelbäder, Warmbäder 1. u. 2. Klasse; Massage und Fußpflege auch außer dem Hause.
Fernruf 72966

Durch einen Irrtum 6 Wochen in Untersuchungshaft!

(Eigener Bericht der SAZ)

Greifswald, 18. September.

Nach sechswöchiger Haft (!) wurden dem Schnellrichter die Greifswalder Arbeiter Friedrich Schmidt, Friedrich Jahnke, Karl Strübing und Albert Peters vorgeführt, die an dem Abwehrkampf der Arbeiterschaft anläßlich eines Standartenaufmarsches am 17. Juli in Greifswald teilgenommen hatten und sich jetzt wegen Vergehens gegen das Waffenmißbrauchgesetz und Körperverletzung verantworten sollten. Von den Zeugen war der als übelster Raufbold berüchtigte Nazi Beudt-Eldena nicht erschienen, da er „verzogen", sein Aufenthalt aber unbekannt ist. Weiter ergab sich durch die Zeugengegenüberstellung das Unglaubliche, daß der Angeklagte Albert Peters, der sechs Wochen inhaftiert gewesen ist, überhaupt nicht an der Schlägerei teilgenommen hat, daß es sich vielmehr angeblich um einen Walter Peters handelt. Der Genosse wurde sofort aus der Haft entlassen.

In der Mitte des Monats Juli hatte die gesamte Arbeiterschaft Greifswalds, Eiserne Front und Rote Einheitsfront, in verschiedenen Kundgebungen und mächtigen, disziplinierten Demonstrationen, die ohne jeden Zwischenfall und in völliger Ruhe verliefen, ihre Einheit und Aktivität gezeigt, so daß sich die Nazis gezwungen sahen, ebenfalls ihre Bataillone aufmarschieren zu lassen. Hierzu mußten sie dann aber die SA der gesamten Umgebung — ca. 700 Mann — in Greifswald zusammenziehen, durch deren anmaßendes und provokatorisches Verhalten es dann zu wiederholten Zusammenstößen gekommen ist.

Bereits in den Mittagsstunden wurden in der Langenreihe zwei Reichsbannerleute von SA-Burschen geprügelt, es kam dann zu einem Sturm auf das Haus des Konsumvereins und den Stadthof, eine proletarische Hochburg, wo die SA wie die zaristischen Kosaken hausten. Provokatorische Lieder grölend und sich Polizeigewalt anmaßend, zogen die Horden truppweise zur Verstärkung heran, um sich diesen proletarischen Stadtteil besonders vorzunehmen, wobei ein Trupp dann mit antifaschistischen Arbeitern zusammengestoßen ist. Es kam zu einer Schlägerei, in welcher unsere Genossen sich mit Spazierstöcken gegen die mit ihren Schulterriemen schlagenden Nazis wehrten, wobei ein SA-Mann schwer verletzt sein soll. Das Gericht hob in seinem Urteil ausdrücklich hervor, daß die Nazis provoziert haben, verurteilte aber doch Strübing und Schmidt unter Zubilligung mildernder Umstände zu je sechs Monaten Gefängnis, während Jahnke und Peters freigesprochen wurden.

9 Monate Gefängnis für Justizkritik

Das Stettiner Schöffengericht verurteilte den verantwortlichen Redakteur der Sozialdemokratischen Zeitung „Volksbote", Karl Krahn, zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Das sozialdemokratische Blatt hatte verschiedentlich gegen politische Urteile Stettiner Gerichte kritische Ausführungen veröffentlicht. Daraufhin wurde der Redakteur wegen „Beleidigung der Stettiner Richter" zu der oben gemeldeten erheblichen Strafe verurteilt. Derartige Prozesse und solche Urteile dienen dem Zweck, jede öffentliche Kritik an der deutschen „Rechtsprechung" zu unterdrücken.

Ein Prozeß gegen den „Angriff"

Grzesinski und Dr. Weiß als Nebenkläger

CNB. Berlin, 16. September.

Vor der 5. Strafkammer beim Landgericht I hatten sich die Redakteure des „Angriff", Dr. Lippert und Krause, wegen Beleidigung und übler Nachrede zu verantworten. Als Nebenkläger sind der frühere Polizeipräsident Grzesinski und der frühere Polizei-Vizepräsident Dr. Bernhard Weiß zugelassen. Die heutige Verhandlung ist eine Zusammenfassung von drei Verfahren, die gegen die beiden „Angriff"-Redakteure schwebten und von denen eines bereits bis zum Richterspruch gediehen war. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte jedoch seinerzeit eine Vertagung und Verbindung mit den anderen Prozessen aus Gründen der Strafzumessung für richtiger gehalten und erklärt, wenn sich herausstelle, daß die weiteren Vorwürfe, die der „Angriff" erhoben hatte, ebenso unbegründet seien, müsse die Strafe außerordentlich hoch ausfallen.

Zur Anklage vernommen, erklärte Krause, daß ihm das im „Angriff" veröffentlichte Material gegen die Nebenkläger von dritter Seite zugegangen sei, daß er aber den Namen des Verfassers der Artikel nicht nennen werde. Der Mißbrauch der Stellungen durch die Nebenkläger gehe auch daraus hervor, daß die kommissarische Regierung von Preußen sie ihres Postens enthoben habe.

Als erster Zeuge wurde dann der frühere Polizeipräsident Grzesinski vernommen, der bekundete, daß in einem der Artikel behauptet worden sei, daß er (Grzesinski) von den Verfehlungen des Dr. Weiß unterrichtet gewesen sei und mit ihm gemeinsam Spielklubs besucht habe. Der Zeuge bestritt diese Behauptung nachdrücklich. Er erklärte, daß er niemals Spielklubs besucht habe. Er sei wohl in dem Klub „Bühne und Film" gewesen; dort seien aber keine Glücksspiele getätigt worden.

Hierauf kommt der Nebenkläger Dr. Weiß zum Wort; er wendet sich gegen die vorgeworfene Behauptung, daß er gegen Spielklubs nicht eingeschritten sei, da er dafür Geld bekommen habe. Das sei der schwerste Vorwurf, den man einem Beamten machen könne. Dr. Weiß verbreitet sich dann ausführlich über die Begriffe Spielklubs und Glücksspiele und erklärte unter großer Heiterkeit, die Spielwut sei schon eine Eigentümlichkeit der alten Germanen gewesen, von der schon Tacitus gesprochen habe. Die Art, wie gegen die berufsmäßigen Spielklubs Ermittlungen aufgenommen worden seien, habe er von seinem Amtsvorgänger übernommen; im übrigen sei dafür ein besonderes Dezernat zuständig.

In der Nachmittagsverhandlung wurde als Zeuge der Kriminalkommissar Greiner, der Leiter des Spielerdezernats beim Polizeipräsidium, vernommen, der bekundete, daß durch den Vorgänger des Dr. Weiß ein Unterschied zwischen gewerbsmäßigen Spielerklubs und geschlossenen Gesellschaften gemacht worden sei. — Zur Zeit seines Amtsantritts, im Januar 1925, seien alle Klubs, auch die geschlossenen Gesellschaften, kontrolliert worden. Auf Grund einer Beschwerde seien dann die streng geschlossenen Gesellschaften von der Kontrolle ausgeschlossen worden. Auf Grund einer Reichsgerichtsentscheidung aus dem Jahre 1927, die das Grandspiel Ecarté schon als Glücksspiel erklärt habe, sei er, der Zeuge, bei Dr. Weiß vorstellig geworden, der ihm aber gesagt habe, es bleibe bei der früheren Bestimmung. — Der Vorsitzende unterbricht die Ausführungen des Zeugen und präzisiert seine Frage dahin, ob die geschlossenen Gesellschaften eine unterschiedliche Behandlung erfahren hätten. Der Zeuge erklärte, daß seines Wissens innerhalb der geschlossenen Gesellschaften keine Unterschiede gemacht wurden.

Im Laufe der Verhandlung müssen die Angeklagten ihre ursprünglichen Vorwürfe gegen Dr. Weiß immer mehr zurücknehmen. Die Behauptung, daß er an Gewinnen von Klubs beteiligt gewesen sei, halten sie nicht mehr aufrecht. Sie erklären jetzt, die finanziellen Vorteile, die der Polizeipräsident gehabt habe, hätten nicht in Geldzuwendungen bestanden, sondern in den Mittagessen, die Dr. Weiß in den Klubräumen eingenommen habe. Aber Dr. Weiß stellt fest, daß er seine Essen immer bezahlt habe, und die Angeklagten können darauf nichts erwidern.

Um ihren katastrophalen Rückzug zu verschleiern, stören die Angeklagten ständig die Verhandlungen durch Gelächter und Zwischenrufe. Der Vorsitzende und der Staatsanwalt sind wiederholt gezwungen, dagegen Stellung zu nehmen, bis schließlich der Staatsanwalt sogar erklären muß, er werde, wenn die Zwischenrufe andauerten, beantragen, die Angeklagten aus dem Saale zu weisen und ohne sie zu verhandeln.

Man ging dann zu dem Vorwurf bezüglich der angeblichen Begünstigung des Konsuls und Generaldirektors Krojanker in der Angelegenheit der Bauerlaubnis und der Revierreise über. Generaldirektor Krojanker betonte hierzu, daß er sich um die Bauangelegenheit garnicht bekümmert habe und erklärte, daß auf der Reise nach Monte Carlo jeder selbst bezahlt und Dr. Weiß sehr bescheiden gelebt habe, so daß er sehr gut mit dem mitgenommenen Gelde habe reichen können. In dem „Club v. d. Heydtstraße" habe Dr. Weiß nie verkehrt und nie gespielt.

Alle Prozeßbeteiligten verzichteten schließlich auf das Zeugnis von Regierungsdirektor Mosle zu diesem Punkt, worauf die Verhandlung auf Sonnabend früh vertagt wurde, um die Beweisaufnahme fortzusetzen.

Berlin, 17. September.

CNB. In der weiteren Verhandlung gegen die beiden Redakteure des „Angriff" wurde nach der Mittagspause Regierungsdirektor Dr. Scholz, der jetzige Leiter der Berliner Kriminalpolizei, vernommen, der bekundete, daß die umstrittene Verfügung über die unterschiedliche Behandlung der Spielklubs nicht von Dr. Weiß, sondern von dem früheren Polizeipräsidenten Dr. Friedensburg stamme. Er halte die Verfügung auch heute noch für durchaus berechtigt. Es habe nicht ausbleiben können, daß es wegen dieser unterschiedlichen Behandlung Vorwürfe gegen die Polizeibeamten gab, er habe aber dem Leiter des Spielerdezernats, Kriminalkommissar Greiner, immer gesagt, man dürfe durch solche Redensarten nicht nervös werden. Der Zeuge erklärte, er könne sich keines Falls erinnern, in dem Dr. Weiß ein Vorgehen gegen Spielklubs unterbunden habe.

Die weitere Verhandlung wurde dann auf Montag vertagt.

Zusammenstoß auf der Zugspitzbahn

München, 17. September.

Heute abend gegen 6 Uhr sind bei der Station Kreuzeckbahn der Bayerischen Zugspitzbahn ein talwärts und ein bergwärts fahrender Zug aus bisher unbekannter Ursache zusammengestoßen. Eine ganze Anzahl von Personen wurden bei dem Unfall verletzt.

Wie wir weiter erfahren, sollen sich im Krankenhaus in Garmisch sieben bis acht Personen mit schweren Verletzungen befinden. Lebensgefahr besteht bei ihnen vorerst aber nicht. Eine größere Anzahl von Reisenden erlitt leichtere Verletzungen und wurde sofort von den Sanitätsmannschaften in Obhut genommen. Von der Gendarmeriestation ist die Staatsanwaltschaft von München verständigt worden, die gegen 22 Uhr nach Garmisch kommen wird. Ueber die Ursache des Unglücks ist näheres noch nicht bekannt. Das Zugpersonal wird im Laufe der Nacht darüber vernommen werden.

Zu dem Zugunglück auf der Bayerischen Zugspitzbahn erfahren wir noch weiter, daß im Krankenhaus in Garmisch folgende sieben Verletzte eingeliefert worden sind: Lokomotivführer Franz Hebbel von Grainau mit schweren inneren Verletzungen, Lokomotivführer Michael Weidenschlager von Grainau mit schweren Schnittwunden im Gesicht, Lokomotivführer Ludwig Schoen von Grainau mit einer Brustquetschung und Schaffner Josef Brandhofer von Grainau mit Schnittwunden im Gesicht, wahrscheinlich auch Gehirnerschütterung. Von den Reisenden wurden drei mit schweren Verletzungen in das Garmischer Krankenhaus gebracht.

Italienisches Militärflugzeug abgestürzt

Sieben Tote

Rom, 18. September.

Zwei Wasserkampfflugzeuge stießen heute bei Spezia in der Luft zusammen, als sie aufs Wasser niedergehen wollten. Sieben Personen wurden getötet.

*

Braunschweig, 18. September.

Während des heutigen nationalsozialistischen Flugtages ereignete sich ein tödlicher Absturz. Der Braunschweiger Kunstflieger und Photograph Albrecht stieß mit einem anderen Flugzeug zusammen. Seine Maschine geriet ins Trudeln und Albrecht stürzte in etwa 50 m Höhe heraus und fiel zur Erde. Er war sofort tot. Die Maschine, die neben dem Piloten zu Boden kam, ging vollständig in Trümmer. Das andere Flugzeug konnte nach dem Zusammenstoß seinen Flug weiter fortsetzen.

*

Sagan, 18. September.

Das dem Kottbuser Verein zur Förderung des Flugwesens gehörige Flugzeug D 2111 stürzte am Sonntag bei einem Zuverlässigkeitsflug, der es bis nach Sagan gebracht hatte, unmittelbar nach dem Wiederaufsteigen vom hiesigen Flugplatz ab und wurde vollständig zertrümmert. Das Unglück ereignete sich gegen 9 Uhr vormittag. Der Führer der Maschine und ein mitfliegender Passagier wurden glücklicherweise nur unerheblich verletzt.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

47) Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Die Fahrt, die normalerweise kaum drei Stunden dauert, scheint kein Ende nehmen zu wollen. Oft bleibt der Zug stehen. Je näher der Zug Hamburg kommt, um so langsamer geht es vorwärts.

Es gibt keine Zeitungen, aber es sind auch so Nachrichten da:

„Die Hamburger Arbeiter haben die Buden stillgelegt!"

„Habt ihr gehört, auch bei ‚Blohm & Voß', über der Werft, sollen rote Fahnen gesetzt sein."

„Auf dem Heiligen Geistfeld war heute vormittag eine große Demonstration."

„Auf dem Holstenglacis haben Matrosen die Gefangenen rausgeholt!"

„Aus den Kasernen in der Bundesstraße haben die Soldaten Stinkbomben auf die Demonstranten geschmissen!"

„Auch geschossen haben sie! Es hat schon Tote gegeben!"

„Verflucht, fahren wir noch immer nicht weiter?"

„Du, Zugführer — wann geht's denn weiter?"

Jetzt hat doch einer eine Zeitung angebracht, zwei gleich, vom Tage vorher, — das „Berliner Tageblatt" und den „Vorwärts".

Im „Berliner Tageblatt" steht nichts über die Ausbreitung der revolutionären Bewegung, im „Vorwärts" auch nichts. „Eine Kundgebung der Bewohner Posens — sie wollen deutsch bleiben!" sagt einer der Bonczyk über die Schulter sieht.

Bonczyk blättert weiter, um vielleicht doch noch eine Notiz über die meuternden Matrosen, über Kiel oder über Hamburg zu finden. Plötzlich springt er auf und greift sich mit beiden Händen an den Kopf: „Mensch, ich werd' verrückt; ich werd' verrückt! Piek mir doch mal, ob ich noch da bin!"

„Nanu, mach mal halblang!"

„Dir haben se woll, wat?"

„Na hier, les' mal erst!"

Er legt seinen Finger auf einen im „Vorwärts" abgedruckten Aufruf:

Der letzte Augenblick!

Mittwoch 1 Uhr Schluß der Zeichnungsfrist für die Kriegsanleihe. Darum zeichne unverzüglich, wer noch nicht gezeichnet hat!

„Und am Sonntag haben wir schon Tote in Kiel gehabt!"

„Und am Montag haben wir Soldatenräte gewählt!"

„Und Dienstag ist Noske erster Vorsitzender geworden!"

„Und die Zeitung ist vom Mittwoch!"

„Jungens, wir müssen nach Berlin — da müssen wir hin. Schade, daß wir kein Schiffsgeschütz mitbringen und in den ‚Vorwärts' reinballern können. Dann würden die vielleicht endlich aufwachen!"

„Wann fahren wir denn nu schon weiter?"

„Wenn's nicht bald losgeht, steigen wir aus."

„Wie weit ist's denn noch bis Hamburg?"

„Ach, vor Abend kommt ihr da doch nicht hin!" entgegnet eine der Frauen.

Aber endlich ruckt der Zug wieder an. Die Wagen stoßen ein paarmal schwerfällig aneinander. Die ausgefahrenen Lager und die Räder kreischen. Die Lokomotive scheint auch kriegsausgedient zu sein und auf dem letzten Loch zu pfeifen. Aber dann schafft sie es doch, und langsam rollt der Zug sich wieder ein.

Ein paar Kartoffelhamsterer sind noch zugekommen. Auch ein Infanterist sitzt mit im Abteil; er kommt von seiner Garnison Eckernförde und ist auf dem Wege nach Hause.

Die an der Strecke stehenden Bäume haben keine Blätter mehr — dürftiges, lebloses Gestänge, so ziehen sie an den Fenstern vorbei. Auf den Aeckern klebt eine braune, kalte Feuchtigkeit. Die Sonne ist jetzt weg. Der vom Meer kommende Dunst liegt auf dem Land. Aber die vier Wände des fahrenden Waggons schließen gegen die zerfallende Welt von draußen ab. Eine Heimlichkeit ist da und eine laue Wärme wie in einem Stall. Die Menschen sitzen und stehen eng beieinander. Die einzelnen Paare brauchen sich nicht anzustrengen, um mehr Tuchfühlung zu bekommen.

Der Waggon ist verräuchert und starrt vor Schmutz.

Die Frauen tragen Kleider aus groben Soldatenstoffen.

Aber das ist nur die Schale — die Haut darunter ist glatt geblieben trotz der Arbeit an den Drehbänken. Hände suchen sich heran. Verflucht nochmal, sechs oder sogar sieben Jahre lang ist man in den Schiffskasematten eingesperrt gewesen! Und die Frauen sind unter den Transmissionen der Munitionsfabriken auch nicht grade gestorben. Nur ihre Männer verwesen in den Massengräbern oder sie haben sich die Syphilis geholt. Vielleicht auch nicht — manche kobern nur ein bißchen mit andern rum und holen sich dabei nichts. Manche werden in vierzehn Tagen oder drei Wochen wieder zurück sein.

Aber das ist ungewiß und jedenfalls weit weg.

Und die Matrosen sind nahe; mit ihrer freien Brust und dem sicheren Kolben machen sie Eindruck auf die Frauen. Nur nicht lange überlegen und nichts versäumen. Jede Eisenbahnfahrt nimmt einmal ein Ende!

„Das war vorhin doch Burgwedel?"

„Bloß noch zwanzig Minuten!" Das sagt eine, die weiche Augen bekommen hat. Eine andere streicht sich das Haar wieder glatt und verstaut es in ihrer Mütze.

Der Infanterist hat ein Fenster heruntergelassen.

„Eidelstedt, das wird schon Zeit!" brummt er.

„Aber, Jungens, wir bleiben alle zusammen, das ist abgemacht!" mahnt Raumschuh.

„Na, morgen kommt ihr doch auch noch zurecht. Morgen wird's auch noch genug zu tun geben!" meint die neben Bonczyk — eine junge Frau mit derben Backenknochen und braunen Haaren.

„Ihr könnt euch doch mit den andern verabreden. Deinen Kameraden kannst du mitbringen, nicht Hanne? Wir beide wohnen nämlich zusammen."

Die mit Hanne Angeredete ist aufgestanden und hat ihren Mantel angezogen. Aber sie hat ihn noch nicht zugeknöpft. Lange Beine hat sie, die sich unter dem Kleid abzeichnen. Sie sieht Raumschuh nur an.

„Die ist aus Vierlanden, die sind nun mal so. Die läßt sich's bloß nicht gleich merken!" erklärt die Braune.

Und jetzt muß Hanne lachen.

Ein kräftiges Gebiß hat sie und graue Augen. Und die langen Schenkel heben sich unter dem Kleid so ab, weil sie gar keinen Bauch hat. Sie knöpft jetzt schnell den Mantel zu. Doch dabei lacht sie wieder Raumschuh in die Augen hinein. Sie erinnert ihn an Lucie in Berlin. Aber alle Frauen, die lange Beine haben und blond sind und ihm gefallen, erinnern ihn an Lucie Lange, die er ja immer nur in großen Abständen auf Urlaub, und dann auch nur wenige Stunden, gesehen hat.

„Na ja, Karl, wir könnens uns doch überlegen!" meint Bonczyk.

„Nein, wir müssen erst sehen, was in Hamburg los ist!"

Und in Hamburg ist allerhand los. Das bemerken sie sofort bei der Einfahrt. Es ist wie in Kiel, auch hier überall Matrosen.

Matrosen mit roten Armbinden, Hände am Gewehrriemen: „Na, Lands, mach dir mal die Kokarde runter! Du hast wohl auch noch nicht gemerkt, was gespielt wird?"

Der Matrose hat dem Infanteristen die Mütze vom Kopf genommen und pflückt ihm die Kokarde ab:

„Hier hast du 'ne rote Blume, steck dir die an!"

„Weitergehen! Der Bahnhof wird sofort geräumt!"

Die mit dem Zug Angekommenen — Frauen, Matrosen, Infanteristen, Kartoffelstoppler — ziehen in breitem Band der Treppe zu. Am Ende des Bahnsteigs wird ein Maschinengewehr in Stellung gebracht. Ein Matrosenposten hält zwei Offiziere an, läßt sich die Degen aushändigen, kappt mit dem Seitengewehr die Achselstücke und wirft sie auf den Bahnsteig.

(Fortsetzung folgt.)

Tarifbruch durch Reichsbanner-Arbeitsdienst

Straßenbau für 2 Mark täglich

Der „Vorwärts" vom 18. September besitzt die Schamlosigkeit, einen Schandstreich der Reichsbannerführung in Berlin-Mahlsdorf noch rühmlich hervorzuheben. Unter der Schlagzeile: „Straßenbau am Ende Berlins. Reichsbannerleute im freiwilligen Arbeitsdienst - Mahlsdorf wird schön gemacht", berichtet er vom freiwilligen Arbeitsdienst in Berlin-Mahlsdorf. Reichsbannerleute arbeiten hier für 2 Mark täglich - die hier, weil es sich um ein sogenanntes „offenes Arbeitslager" handelt, in dem die Arbeitswilligen nach Beendigung des „Dienstes" nach Hause gehen, an der Herstellung der seit Jahren arg vernachlässigten Wege und Straßen. Die Arbeitszeit beträgt 7 Stunden. Im Anschluß daran wird noch körperliche Ertüchtigung und staatsbürgerliche Erziehung betrieben.

Es ist klar, daß eine solche Arbeit auf einen glatten Tarifbruch und Lohndruck gegenüber den Tiefbauarbeitern hinauslauft. Denn bei einer solchen Arbeit ist auch nicht der Schein der Zusätzlichkeit vorhanden. Die Herstellung dieser im Bereich der Stadt liegenden Straßen ist zweifellos Aufgabe der Stadt und es ist einfach fauler Zauber, wenn der „Vorwärts" erklärt, daß die Straßen und Wege vorher nicht hätten hergerichtet werden können, weil es an dem notwendigen Gelde fehlte, um so mehr, als ein Großteil der Siedler schon Erhebliches an Anliegerbeiträgen und Pflasterungskosten geleistet hat. Wenn gesagt wird, daß es die Arbeitsfreiwilligen als gewerkschaftlich geschulte junge Menschen ablehnen, Arbeiten auszuführen, die an sich den Steinsetzern zukämen, so muß gefragt werden, ob denn die Löhne und Arbeitsbedingungen der ungelernten Tiefbauarbeiter nicht des Schutzes bedürfen? Die Erklärung gar, daß diese Wegbereitung ohne das Wirken der „Arbeitswilligen" wahrscheinlich noch jahrelang liegen geblieben wäre, eröffnet allen Gemeinden den Ausweg, unter Betonung der Notwendigkeit des „Sparens" Straßenbauarbeiten weit unter normalem Arbeiterlohn für 12 Mark wöchentlich auf Kosten vom Hunger mürbe und mit „volksgemeinschaftlichen" Phrasen besoffen gemachter Jungerwerbsloser durchzuführen.

Es muß leider gesagt werden, daß es der reformistischen Verwirrungspolitik zunächst gelungen war, auch einen großen Teil der Siedler hierzuführen. Der Vorstand der Siedlungsgenossenschaft beschloß, sich für den Arbeitsdienst einzusetzen und bemühte sich, die Siedler damit zu ködern, daß sie ja lediglich die Kosten für die benötigte Schlacke aufzubringen hätten, also für wenig Geld endlich anständige Wege und Straßen bekämen. Erst durch die Initiative unserer Mahlsdorfer Genossen ist eine Bewegung gegen den Arbeitsdienst in Mahlsdorf entstanden. Auf einem von unserer Ortsgruppe organisierten Aussprachenbend wurde beschlossen, gemeinsam mit der KPO-Gruppe einen Brief an die Zahlstelle des Industrieverbandes für das Baugewerbe und des Baugewerksbundes sowie an die Siedlungsgenossenschaft zu richten. Ferner wurde ein Flugblatt an die Mitglieder der Siedlungsgenossenschaft gerichtet. Nachdem unsere Genossen die Initiative ergriffen hatten, sah sich auch die KPD, die bis dahin die Vorgänge sträflich vernachlässigt hatte, gezwungen, etwas zu tun. Ein großer Teil der Mitglieder der Siedlungsgenossenschaft nahm nunmehr gegen den Arbeitsdienst Stellung, so daß die Mitgliederversammlung vertagt werden mußte.

Der Artikel im „Vorwärts" soll offenbar zur Beschwichtigung der Erregung dienen und die von unseren Genossen entfachte Bewegung abwürgen. Die Herrschaften werden sich aber ins eigene Fleisch schneiden und nur gegen ihren Willen dazu beitragen, daß die unter der Mahlsdorfer Arbeiterbevölkerung entstandene Diskussion über den freiwilligen Arbeitsdienst jetzt erst recht entfacht wird. Uns kann das nur recht sein. Wir werden dafür sorgen, daß die Bewegung gegen den Mahlsdorfer Arbeitsdienst erfolgreich weitergeführt wird.

Arbeiterblock gegen Papenverordnung

Betriebsratsbeschluß der Druckerei Elsner

Der Betriebsrat der großen Berliner Druckerei Otto Elsner K.G. hat folgenden Beschluß gefaßt und den Vorständen der drei Arbeiterparteien und dem ADGB übermittelt:

Berlin, den 9. September 1932.

Die neue Notverordnung der Regierung Papen stellt in ihrer Wirkung gegen die gesamte Arbeiterklasse alle früheren Notverordnungen in den Schatten. Das in jahrzehntelangen Kämpfen errungene Tarif- und Arbeiterrecht wird fast aufgehoben. Die Löhne werden in unerhörtestem Maße weiter herabgedrückt. Da der Wille der Arbeiterschaft zur gemeinsamen Abwehr vorhanden ist, fordern wir die sofortige Einberufung einheitlicher Protestkundgebungen von ADGB, Afa-Bund, SPD, KPD und SAP.

Betriebsrat der Firma Otto Elsner K.G., Berlin.

Der Vorstand unserer Partei hat dem Betriebsrat von Elsner geantwortet:

Der Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei und alle Organisationen der SAP werden den von Euch gemachten Vorschlag mit allen Kräften unterstützen. Sie kämpfen schon seit vielen Monaten für die Bildung des Kampfblocks aller Arbeiterorganisationen, durch die allein die Arbeiterklasse in dieser schweren Zeit wieder aktionsfähig gemacht und die gegen sie gerichteten Verstöße abwehren kann.

Für unsere Genossen und alle Proletarier im Reich eine Mahnung, nun mit Hochdruck am Zustandekommen wirklich einheitlicher Kampfaktionen gegen die Papen-Verordnung und Wirtschaftsdiktatur zu arbeiten.

Generalversammlung des Gesamtverbandes Berlin

Am Freitag, den 16. September, tagte die Generalversammlung des Gesamtverbandes Berlin. Schaum gab den Geschäftsbericht für das zweite Quartal in Verbindung mit einer Behandlung der letzten Papen-Notverordnung. Im ersten Teil seiner Ausführungen kam, wie das bei den Gesamtverbandsinstanzen üblich ist, eine große Selbstzufriedenheit über das, was erreicht sei, zum Ausdruck. In der Tat sind im Bereich des Geesamtverbandes eine Reihe Lohn- und Manteltarifverträge ohne einen Abbau verlängert worden. Aber Schaum konnte doch auch selbst nicht verschweigen, daß in anderen Gruppen mindestens 1 bis 2 Pfennige, auch 7 Pfennige und mehr abgebaut wurden, daß ausgerechnet bei den Konsumgenossenschaften ein 12prozentiger Lohnabbau stattfand, daß Urlaubsverschlechterungen hingenommen wurden u. dergl. m. Er unterstrich die günstigeren Resultate und vermied bei den weniger günstigen zum Teil überhaupt jede konkrete Angabe. Wenn er behauptete, daß keiner der im zweiten Quartal geführten Einzelstreiks ohne Erfolg beendet wurde, so ging Schaum offenbar von der doch recht fragwürdigen Voraussetzung aus, daß die Unternehmer nicht alle ihre Abbauforderungen durchgesetzt hätten, aber nicht von der Tatsache, daß eine Verschlechterung gegenüber früher für die Arbeiter eintrat.

Schaum streift auch die politischen Ereignisse des zweiten Quartals, vergaß dabei jedoch charakteristischerweise völlig auch nur eine Erwähnung des 20. Juli! Zur Papen-Notverordnung machte er ausführliche, scharf ablehnende Ausführungen, aber die magere und unverbindliche Konsequenz waren Hinweise auf das SPD-Wirtschaftsprogramm, den SPD-Volksentscheid.

Sehr charakteristisch war ferner, daß Schaum mit keinem Wort mehr die sogenannte Eiserne Front erwähnte, die ist stillschweigend begraben worden, sondern daß er mit großem Pathos gegen eine weitere Selbstzerfleischung der Arbeiterklasse und für Stützung der „großen erprobten Einheitsfront der Gewerkschaften" sprach. Er wies sogar darauf hin, daß man seiner persönlichen Auffassung denen, die den Weg wieder zurückfänden zu den freien Gewerkschaften, den Weg ebnen müsse. Im Schlußwort erläuterte er das auf Anfrage in der Diskussion dahin, daß jeder dieser Kollegen willkommen sei, wenn er erkläre, daß er sich im Rahmen der Gewerkschaftsbeschlüsse halten werde, und daß laut einem schon länger gefaßten Beschluß der Ortsverwaltung Betriebs- oder Sektionskollegen des Betreffenden bestätigen müßten, daß er in der Zwischenzeit sich so verhalten habe, daß man Vertrauen zu ihm haben könne. Schaum legte eine Resolution vor, in der — auch das ist sehr charakteristisch — die Fragen Volksentscheid, SPD-Wirtschaftsprogramm usw. nicht enthalten waren, sondern nach einer scharfen Kritik an der Papen-Notverordnung alle Funktionäre aufgefordert werden, eine Versammlungskampagne für den wirtschaftlichen und politischen Kampf zu organisieren. „Genug des Bruderkampfes! Stärkt die Einheitsfront der Gewerkschaften durch Eintritt in die Gewerkschaften!"

Der nachfolgende Kassenberichterstatter unterstrich, daß viele RGO-Kollegen ihre Wiederaufnahme beantragt hätten mit dem Ersuchen, ihre alten Beiträge anzurechnen, und daß man dem auch nachgekommen sei.

In der Diskussion war leider seitens dem Gros der SPD-Delegierten von dem Geist der Zurückstellung der Gegensätze und Herstellung einer wirklichen Einheitlichkeit, an die Schaum appelliert hatte, herzlich wenig zu spüren. Obwohl der SPD-Redner Siemsch und auch Schaum in seinem Schlußwort selbst zugeben mußten, daß die Rede des ersten Redners, des KPD-Kollegen Kupfer, anders als sonst, einen Weg des Zusammenarbeitens biete, glaubten viele Delegierte, diesen durch laute Unterhaltung, Johlen und Schluß-Rufen empfangen und unterbrechen zu müssen. Kupfer wies in sachlicher Weise nach, daß ein Volksentscheid heute nicht genügt, daß außerparlamentarisch gekämpft werden müsse und forderte die Wiederaufnahme aller aus politischen Gründen aus dem Verband Ausgeschlossenen. Auf eine RGO-Verteidigung verzichtete er von vornherein, doch pries er die KPD-Parolen in Bausch und Bogen als empfehlenswert an.

Wie schon in vielen Generalversammlungen, so spielte auch in dieser der frühere KPD-Mann Siemsch wieder seine schmähliche Rolle, unter Ausspielung seiner internen KPD-Kenntnisse vor der Politik der SPD und insbesondere Brauns und Severings seine Verbeugung zu machen. Diesmal glaubte er sich den Instanzen durch eine besondere Lobpreisung des neuesten Löbe-Artikels gegen Papen besonders empfehlen zu müssen. Genosse Schulz (SAP) wies darauf hin, daß schon die früheren Notverordnungen den Weg zu der jetzigen wiesen und daß so ziemlich alles so eingetroffen sei, wie die „hoffnungslose Minderheit" das immer wieder in den Generalversammlungen zum Ausdruck gebracht habe. Zu glauben, daß, selbst wenn der Volksentscheid durchgeführt werde, damit auch der Lohnabbau verhindert sei, wäre eine Illusion. Die Gewerkschaften müssen ihren Kurs ändern. Die Resolution der Leitung sei gut und schön, aber ihr fehlten die konkreten Parolen für den Kampf. Genosse Schulz reicht deshalb eine Entschließung ein, die auch diese Konsequenzen enthält, Herantreten der Gewerkschaften an die übrigen Arbeiterorganisationen zwecks Bildung eines Blocks zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Notverordnung, gegen den faschistischen Terror und — entgegen dem Wirtschaftsprogramm der SPD — für die Arbeiterkontrolle der Produktion fordert.

Der ehemalige KPD- und wie Siemsch jetzt SPD-Mann Max Hesse glaubt über den Kollegen Schulz und die Kleinheit der Opposition höhnen zu müssen und zeigt in seiner Polemik gegen die Losung der Arbeiterkontrolle, daß er selbst noch viel vom Marxismus und von marxistischer Dialektik lernen muß.

Durch einen Schlußantrag wird wieder einmal die Rede eines weiteren oppositionellen Kollegen, des Kollegen Bruhn vom Leninbund, verhindert, und nach einem kurzen Schlußwort von Schaum die Leitungs-Resolution angenommen und die von unserem Gen. Schulz eingebrachte Entschließung einfach als erledigt betrachtet. Ein KPD-Antrag gegen die vielfachen Verbote der proletarischen Presse und besonders der „Roten Fahne" wird so umgemodelt, daß die „Rote Fahne" nicht extra erwähnt wird, und dann einstimmig angenommen.. Andere Anträge betr. Kürzung der Invalidenunterstützung werden dem Beirat überwiesen

Einheitsfront?

Erste öffentliche Versammlung von SPD, Linken Kommunisten und SAP in Birkenwerder

(Eigener Bericht der „SAZ")

Die Einheitsfrontversammlung in Birkenwerder zeigte erneut die proletarische Tragödie. Die KPD-Anhänger und -Mitglieder und auch leider unsere Einheitsfrontbrüder von der SPD haben wahrlich nicht im Interesse der Einheitsfront gehandelt. Nicht nur, daß der KPD-Führer Wenzel ein erbärmliches Intrigenspiel inszenierte, auch der SPD-Redner Judrian spielte eine kaum weniger schmähliche Rolle. Hatte der Genosse Bauer von den Linken Kommunisten eine in jeder Beziehung taktvolle Rede im Interesse der Einheitsfront gehalten und hatte unser Redner, Genosse Gostomski, ebenfalls innerhalb der Grenzen einer gemeinsamen Front seine Ansprache gehalten, so mußte man dann leider feststellen, daß der Redner der SPD es sich nicht verkneifen konnte, Parteidemagogie in den Saal zu schleudern, die gehässige und würdelose Angriffe auslöste und die gesamte Einheitsfront zum Gespött der Außenstehenden degradierte. Hatte er zu Beginn seiner Rede seine Freude bekundet, daß endlich das Herunterreißen des Gegners aufgehört habe, so hat er aber im Laufe seiner Ausführungen sich wiederum hinreißen lassen, selbst das von ihm so verpönte Herunterreißen mit aller Kraft zu gebrauchen.

In dieser Weise kann die Einheitsfrontfrage nie gelöst werden!

Wie sie gelöst werden kann und muß, hat unser Gen. Gostomski und auch Gen. Bauer der Versammlung in klarer Weise auseinandergesetzt. Dem Redner und den Parteien sind Grenzen gesetzt; aber diese Grenzen sind keine Verengerung der politischen Gesichtspunkte, sondern durchaus eine Erweiterung! Aus dem Parteicliquenspiel muß eine verantwortliche Klassenpolitik werden! Dies ist die Lösung des Einheitsfrontproblems. Es gibt eine höhere Politik, die sich weit über die Grenzen des Parteipolitischen erhebt — es ist die Klassenpolitik der Gesamtklasse! Die ehrlichen Einheitsfrontredner der SAP und der Linken Kommunisten haben dies klar und deutlich ausgesprochen und das Ergebnis war, daß die SPD-Mitglieder merklich von ihrem eigenen Redner sich abwandten. So mußte wohl oder übel der SPD-Redner zu seinem kurzen Schlußwort, das man ihm in toleranter Weise zugebilligt hatte, das wieder einrenken, was er zuvor auseinander gerissen hatte. Der SPD-Genosse Judrian mußte — um überhaupt das Ansehen der eigenen Mitglieder nicht zu verlieren — ausrufen: „Einheitsfront für die proletarische Revolution!" Wir haben jedenfalls die Genugtuung, daß dieser Ausspruch vielleicht dem Redner nur ein leerer Kraftausdruck war, aber den SPD-Mitgliedern heiligster Ernst zu sein scheint!

In der Diskussion sprachen KPD-Genossen. Wie kläglich fielen sie ab! Welch eine Unkenntnis über die Haltung ihres eigenen ZKs. Immer wieder mußten Versammlungsbesucher ihnen zurufen: „Sprecht über die Einheitsfront!" Doch darüber hatten sie nichts zu sagen. Nur konnte Gen. Wenzel von der KPD rufen: „Einheitsfront mit der SPD nie!" Doch das ist Spiegelfechterei — denn rings um Birkenwerder in den verschiedenen Ortschaften bestehen Einheitsfronten mit KPD und SPD. Ein Zeichen dafür, daß auch die KPD-Mitgliedschaft nicht ihrem ZK und den übrigen demagogischen Führern Folge leistet.

Zum Schluß rief unser Genosse in die Versammlung hinein: Das Proletariat muß kämpfen — im Geiste der Einigkeit! — Nie mehr einen 20. Juli! Und als die „Internationale" durch den Raum erklang, hatte man das Gefühl, als ob diese Worte doch noch einmal für die Zukunft des Proletariats Wahrheit werden!

Es ist anzunehmen — und wäre zu begrüßen —, daß die Mitglieder der angeschlossenen Parteien nach wie vor an der Einheitsfront festhalten und aus diesem „Einheitsfrontskandal" in der Versammlung lernen! Einheitsfront für die proletarische Revolution! ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern feste und unabänderliche Ueberzeugung. Auf dieser Plattform und diesem Satz muß nun die Einheitsfront gefestigt und gestärkt werden!

Der deutsche Außenhandel im August 1932

WTB. **Berlin,** 19. September.

Die Einfuhr

die im August 331 Mill. RM. beträgt, ist gegenüber dem Vormonat um 35 Mill. RM. zurückgegangen. Den stärksten Anteil an diesem Rückgang haben mit einer Abnahme um 24 Mill. RM. die Lebensmittel, deren rückläufige Einfuhr aus Saisongründen zu erwarten war. Die Fertigwareneinfuhr ist um 7 Mill. RM. die Rohstoffeinfuhr um 4 Mill. RM. gesunken. Die Abnahme der Gesamteinfuhr um rund 10 v. H. des Wertes und 8 v. H. des Volumens ist ganz überwiegend die Folge mengenmäßig geringerer Einfuhren an Lebensmitteln (— 18 v. H.) und Fertigwaren (— 16. v. H.); die Rohstoffeinfuhr ist der Menge nach nicht zurückgegangen. Das durchschnittliche Preisniveau der eingeführten Rohstoffe und halbfertigen Waren ist noch um 3 v. H. gesunken, läßt also für den Berichtsmonat im ganzen noch nicht die Auswirkungen der in jüngster Zeit gestiegenen Rohstoffpreise erkennen. Bei den eingeführten Lebensmitteln zeigt das durchschnittliche Preisniveau gegenüber dem Vormonat keine Veränderung.

Soweit sich schon überblicken läßt, gehören zu den Bezugsgebieten, aus denen die Einfuhr am stärkerem Umfang abgenommen hat, die Vereinigten Staaten von Amerika, Argentinien, Niederländisch Indien, Brasilien und die Niederlande. Rückläufig ist ferner die Einfuhr aus Britisch Indien, der UdSSR, Großbritannien und Polen. Eine, wenn auch nur geringe Zunahme hat die Einfuhr aus Schweden und Dänemark erfahren.

Die Ausfuhr

beträgt im August 428 Mill. RM. und hat gegenüber dem Juliergebnis um 2,5 Mill. RM. abgenommen. Einem Rückgang der Fertigwarenausfuhr um 5 Mill. RM. steht dabei eine Zunahme der Lebensmittelausfuhr um 2½ Mill. RM. gegenüber. Der Wertrückgang der Gesamtausfuhr um etwa ½ v. H. ist jedoch lediglich die Folge eines weiteren Absinkens des durchschnittlichen Preisniveaus um 2 v. H.; der Menge nach hat die Ausfuhr um 1½ v. H. (die Fertigwarenausfuhr um 1 v. H.) zugenommen. Saisonmäßig hätte jedoch mit einer stärkeren Steigerung der Ausfuhr gerechnet werden müssen. Diese hat sich indessen, und zwar auch wertmäßig, nur bei Textilerzeugnissen und einigen anderen Fertigwaren durchgesetzt; in der Gesamtausfuhr wird diese Steigerung ausgeglichen durch einen weiteren Rückgang der Ausfuhr von Eisenwaren und Maschinen nach der UdSSR.

Neben Rußland war auch die Ausfuhr nach Frankreich und der Schweiz weiterhin rückläufig. Gestiegen ist dagegen die Ausfuhr nach Großbritannien, Schweden, Dänemark und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Handelsbilanz schließt im August mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 97 Mill. RM. gegenüber 65 Mill. RM. im Juli ab.